

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,20 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnements: 3,00 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Belegungs-
 Verzeichnisse für 1897 unter Nr. 7487.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die festgesetzte Kolonnen-
 zelle oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 31. August 1897.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Abonnements-Einladung.

Am 1. September eröffnen wir ein neues Abonnement auf den
„Vorwärts“
 mit der illustrierten Sonntags-Beilage
„Die neue Welt“.
 Im Unterhaltungsblatt beginnen wir am 1. September
 mit der Veröffentlichung eines Original-Romans:
„Der Bauernführer“
 von Franz Kahler.

Der Roman spielt in der Gegenwart. Vom Fabrikarbeiter
 „arbeitet“ sich der „Held“ zum Kohlenwerksbesitzer, zum Haupt-
 aktionär zweier Ruderfabriken, zum Großgrundbesitzer, Amts-
 vorsteher und Millionär empor, vor dessen gewaltthätigen Faust
 die ganze Gegend zittert. Und dieser ungebildete, aber reiche
 und schlaue Gewaltmensch fühlt plötzlich das Bedürfnis, eine
 Rolle in der Dessenlichkeit, im politischen Leben zu spielen;
 er gründet mit Hilfe seiner ausgewählten, von ihm ins
 Börsenspiel geheuten Mühenbauern einen „Bund der Getreide-
 bauern“, entfacht eine Agitation durchs ganze Reich, wird
 Reichstags-Abgeordneter und Parteiführer. Schon steht ihm
 der Adel in Aussicht, schon träumt er von Ministerherrlich-
 keiten, da bricht er zusammen. Bei der Wahl zum Reichstag
 haben die von ihm so geknechteten und verachteten Landarbeiter
 seiner sozialen und politischen Gewaltthätigkeit ein Ende gemacht.
 Und wie der „Held“, so sind auch alle andern in dem Roman
 auftretenden Personen aus dem Leben gegriffen: der konservative
 Versammlungsredner, der sein Geschäft gewerdmäßig betreibt,
 der wihige, mit allen Salben geschmierte freisinnige Reichstags-
 Kandidat, die verschiedenen Beamten von den Fabriken und
 Gütern, die Bauern, Tagelöhner u. s. w. Wir hoffen, auch
 mit dieser Arbeit den Beifall unserer Leser zu finden.

Auf politischem Gebiet bereiten sich Ereignisse von
 größter Tragweite vor. Der „Vorwärts“ wird nicht bloß
 seinen Leserkreis stets auf dem Laufenden halten, er wird auch
 allezeit ein furchtloser Führer sein und unerschrocken die Wahr-
 heit aussprechen.

Daß der „Vorwärts“ über den Weltangelegenheiten und
 den deutschen Angelegenheiten auch die Berliner Angelegen-
 heiten nicht vergißt, das haben wir nicht nötig denen zu sagen,
 die den „Vorwärts“ lesen.

Wir erwarten von den Parteigenossen, daß sie für
 die weiteste Verbreitung des „Vorwärts“
 thätig sind.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expediteure sowie
 unsere Expedition, Benthstr. 3, Bestellungen entgegen zum
 monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abon-
 nements zum Preise von

1,10 Mk. für den Monat September

entgegen. (Eingetragen in der Post-Belegungsliste für 1897
 unter Nummer 7487.)

Redaktion u. Expedition des „Vorwärts“.

Die Todten.

Am 28. August 1864 fiel Ferdinand Lassalle vor
 der Pistole des wallachischen Junkers Janko von Mackowich,
 und drei Tage später, am 31. August, starb er an den Folgen
 des Schusses. Ein dreißigjähriges Kind ist heute seit diesem
 Todestage verfloßen, aber der Name Lassalle's lebt noch
 frisch im Gedächtnis der deutschen Arbeiter. Und an
 vielen Orten — namentlich da, wo Lassalle selbst
 aufgetreten ist, oder wo der elektrische Strahl seiner auf-
 rüttelnden Beredsamkeit noch zu seinen Lebzeiten gezündet hat
 — an solchen Orten hat sich unter unseren Parteigenossen
 traditionsmäßig die „Lassalle-Feier“ fortgepflanzt, an der wir
 uns des großen Agitators erinnern und auch wohl Rückschau
 halten auf die Entwicklung unserer Partei vom Tode Lassalle's
 bis zur Gegenwart.

Die Partei steht ja heute nicht mehr auf streng
 lassalleanischem Boden, das heißt auf dem Boden derjenigen
 Sätze und Forderungen, auf welche die Lassalle'sche Agitation
 bei ihrem Beginn sich stützte. Diese sind durch die Fortschritte
 der theoretischen Erkenntnis, durch die inzwischen erfolgte
 Entwicklung der politischen und ökonomischen Verhältnisse,
 als auch der proletarischen Entwicklung selbst überholt
 worden. Aber die Partei ehrt gern das Andenken
 des großen Agitators, der mit mächtigem Wort die
 deutschen Arbeiter aufweckte, als sie im Sumpf des
 vulgären Liberalismus zu verphilistern drohen, sie feiert den
 Gründer des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, den Mann,
 dessen flammende Schriften noch nach seinem Tode tausende
 und abertausende von Proletariern zum Klassenbewußtsein
 erweckten.

Der Mann, der das Wort von der Verdammten Be-
 dürfnislosigkeit tief ins Herz der deutschen Arbeiter gegraben
 hat, verdient es auch noch heute, nach einem Dreißigjahr-
 hundert, gefeiert zu werden. In solcher Feier liegt ja keinerlei
 Zurückziehung unserer anderen großen Todten. Doch

was schreiben wir: Todten? Sind Karl Marx
 und Friedrich Engels wirklich tot? Ja, leib-
 lich sind sie gestorben, der erstere schon 1883, der
 andere vor zwei Jahren, am 5. August 1895. Aber der Geist
 dieser Männer lebt und wirkt so lebendig weiter, als ob die
 Träger dieser Namen noch selber am Webstuhl der Zeit säßen
 und noch täglich persönlich in der Tagespolitik hantierten. Karl
 Marx, der den Sozialismus zur Wissenschaft erhob und auf den
 granitnen Boden der Thatsachen gestellt hat, der Gründer der
 Internationalen Arbeiter-Assoziation, der Schöpfer des
 „Kapitals“, als der geistigen Nährkammer des modernen
 Proletariats! Friedrich Engels, der treue Mitdenker und
 Mitarbeiter von Marx, der Mitverfasser des Kommu-
 nistischen Manifests, der Verfasser des Anti-Dühring,
 der hienusleisige Bollwerk des „Kapitals“! Das Wirken
 und die Werke dieser Männer sind grundlegend geworden
 für den modernen Sozialismus aller Kulturvölker. Und so,
 wie wir uns der von ihnen geschmiedeten Waffen noch heute
 täglich bedienen, so ist es auch gerade dieses geistige Rüstzeug,
 dessen Glanz die Ritter vom Orden der Sozialisten tödterei
 immer wieder verführt, ihre Lanzen dagegen einzulegen
 und — sich auf den Sand setzen zu lassen. Die deutsche
 Sozialdemokratie hat das Glück, daß die beiden
 größten Theoretiker, die die Geschichte des Sozialismus auf-
 zuweisen hat, zwei Forscher von universeller Bedeutung, von
 weltumfassendem Wissen, ihr als Lehrer und Wegweiser zur
 Seite gestanden haben, — daß ein agitatorisches Talent ersten
 Ranges an ihrer Spitze gestanden hat.

Die Partei ist dankbar für das Verdienst aller drei, —
 aber sie vergißt auch die treue Arbeit der vielen andern
 Todten nicht, die im Kampfe für das Proletariat dahin gesunken
 sind. Wir erinnern an Bracke, Gasencler, Jacoby, Reinders,
 Kayser, York, Kräder, Geib, Diehgen, Wedde, Schulze und
 viele andere, die bis zum letzten Athemzuge ihre Kräfte
 der Partei gewidmet und ihre Pflichten treu erfüllt
 haben. — Und wer zählt die Namen der vielen,
 vielen tausende von Genossen, die auf dem Schlachtfeld
 der Arbeit oder des politischen Kampfes ins Grab gesunken
 sind, bevor sie den Sieg gesehen hatten? Wer zählt die
 treuen Gefährten, die in den zwölf Jahren des Sozialisten-
 gefängnis ins Gefängnis geworfen wurden, in Verbannung,
 Noth und Tod gerieten? Und wer wollte nicht
 auch deren ehrend gedenken, die jetzt, in der Gegenwart,
 fortwährend aus unseren Reihen gerissen werden, sei es durch
 Tod, sei es durch den Arm der staatlichen „Gerechtigkeit“!
 Konnten wir doch noch vor kurzer Zeit feststellen, daß allein
 in den drei Jahren 1894 bis 1896 über deutsche Sozial-
 demokraten 227 Jahre Gefängnis verhängt worden sind!
 Von Anfang an bis auf den heutigen Tag ist viel
 Lebenskraft, Gesundheit und Menschenglück aufgeopfert worden
 im Dienste unserer Partei. Belohnen läßt sich so etwas
 nicht. Aber dankbar anerkennen können wir die Opfer
 aller der Braven, und aussprechen können wir es, daß die
 Arbeit auch des ärmsten und bescheidensten Genossen im
 Dienste der Partei nicht weniger gilt und ebenso
 notwendig ist, als das angestammte, geistesmächtige Wirken der
 Genies.

Und noch eins können wir: nach streben und weiter-
 arbeiten. Vieles ist ja auf dem Wege, den uns unsere
 Pflicht zu gehen heißt, erreicht. Als Lassalle 1864 starb,
 hinterließ er eine an Zahl nur geringe Anhänger-
 schaft, die in ganz Deutschland nicht mehr als
 einige Tausend betrug. Selbst in Berlin verschwand die
 Handvoll seiner Jünger gegenüber der großen Masse der Ar-
 beiter, die noch im Banne der Fortschrittshydrasen lebten. Aber
 die Flamme, die er entfacht, brannte weiter, und vieles wirkten
 auch nach seinem Tode seine aufgeschriebenen Reden. Bei der
 ersten Reichstagswahl im Jahre 1871 wurden schon 125 000 sozial-
 demokratische Stimmen gezählt. Zehn Jahre nach dem Tode
 Lassalle's, 1874, stimmten 352 000 deutsche Männer sozial-
 demokratisch. Es kam das Sozialistengesetz mit seiner Qual
 und seiner Unterdrückung; aber auch dies vermochte den Sieges-
 lauf des sozialen Gedankens nicht auf die Dauer
 zurückzuschlagen: 1884, also ein Jahr nach dem Tode
 von Karl Marx, wurden bei den Reichstags-Wahlen
 550 000 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Und wieder
 zehn Jahre später, bei den Reichstagswahlen von 1893, hatten
 wir alle anderen Parteien längst geschlagen und erzielten
 1 787 000 Stimmen für die Sozialdemokratie. Diesen Sieg
 hat Engels noch erlebt, ebenso den der sozialdemokratischen
 Arbeiterpartei bei den französischen und belgischen Kammer-
 wahlen 1894, und die Siege der italienischen Genossen kurze Zeit
 vor seinem Tode. Er sagte damals: „Es gibt kein Land,
 keinen großen Staat, wo nicht die Sozialdemokratie eine Macht
 ist, mit der alle rechnen müssen. Alles was geschieht in der
 ganzen großen Welt, geschieht mit Rücksicht auf uns. Wir
 sind eine Großmacht, die zu fürchten ist.“

Diese Großmachtstellung zu erringen, daran haben die
 Todten gearbeitet, — sie zu erhalten und zu erweitern, das
 ist unsere Aufgabe, die Pflicht der Lebenden.

Politische Uebersicht.

Berlin, 30. August.
 Ueber den letzten Sitzungstag des internationalen
 Arbeiterschutzes-Kongresses schreibt man uns noch aus
 Zürich:

Die Tagesordnung des heutigen Tags birgt keine Konflikts-
 gefahren; und da dies der letzte Tag des Kongresses ist, wird
 dem ersten internationalen Arbeiterschutzes-Kongress der Auf-
 parlamentarischer Ordnung erhalten bleiben.

Die beiden zu verhandelnden Fragen: „Mittel und
 Wege zur Verwirklichung des Arbeiterschutzes“, und „Inter-
 nationales Amt für Arbeiterschutzes“ sind in der Sektion
 sehr ausführlich beraten worden, und die Referenten: De-
 curtius und Curti haben alles Nichtselbstverständliche
 so gründlich und übergenügend erklärt, daß eine Debatte im
 Plenum eigentlich überflüssig wäre. Indes, es ist der letzte
 Tag, und wer immer etwas auf dem Herzen hat — und deren
 sind nicht wenige — muß es heute thun. Aber die Redezeit
 wird für sorglich von vorn herein auf fünf Minuten beschränkt,
 und so kann der Kongress noch so zeitig geschlossen werden,
 daß die Dampferfahrt auf dem herrlichen Züricher See,
 die nach gethener Arbeit die Kongreßteilnehmer noch zu ge-
 meinsamem Vergnügen einigen soll, rechtzeitig stattfinden kann.
 Die Stimmung ist eine durchaus harmonische. Auf allen
 Seiten herrscht Freude, daß der erste Versuch, die Vertreter
 der verschiedenen Parteien zu dem großen Friedenswerk der
 Arbeiterschutzes-Geschgebung zu gemeinsamer Arbeit zusamen-
 zuführen, so über alles Erwarten gelungen ist. Auch die
 englischen Delegirten sind heute in besserer Stimmung, als
 in den ersten Tagen; sie haben reichlich Gelegenheit gehabt, ihre An-
 sichten zu vollem Ausdruck zu bringen und sich über die ab-
 weichende Meinung kontinentaler Delegirten zu unterrichten.
 Trotzdem enthalten sie sich der Abstimmung über die Reso-
 lution betreffend die Mittel und Wege, die sonst einstimmig
 angenommen wird. Sie enthalten sich, weil ihnen die
 englische Uebersetzung der Resolution nicht rechtzeitig zu-
 gegangen ist. Es muß jedoch festgesetzt werden, daß hieran
 die englischen Delegirten selber die Schuld tragen. Sie
 haben nämlich in der Sektionsitzung gefehlt, wo
 die Resolution in ihrer jetzigen Fassung vereinbart wurde,
 und wo auch englische Uebersetzer anwesend waren.

Zu bezug auf die Hausindustrie haben die englischen
 Delegirten sich nachträglich überzeugt, daß sie im Irrthum
 waren, wenn sie glaubten, die Hausindustrie werde von den
 Delegirten des Kontinents vertheidigt; und sie haben auch be-
 griffen, daß eine Resolution, welche die Abschaffung der Haus-
 industrie betrefte, bei der Rolle, welche die Haus-
 industrie auf dem Kontinente, namentlich in Deutschland,
 Oesterreich und der Schweiz noch spielt, ein Unsin
 und eine Lächerlichkeit gewesen wäre. So stimmten sie denn
 gestern für die vermittelnde Resolution, die von deutscher Seite
 bezüglich der Hausindustrie vorgeschlagen war.

Für die Engländer, deren kräftiges Eintreten für ihre
 der Majorität vielfach entgegengelegten Anschauungen ihnen
 große Sympathie erwarb, war dieser Kongress jedenfalls von
 Nutzen. Es ist ihnen niemals so klar gemacht worden, daß
 sie, um nicht die Fühlung mit der internationalen Arbeiter-
 bewegung zu verlieren, aus ihrer Isolierung heraus-
 treten und sich mit dem Stand der wirtschaft-
 lichen und politischen Entwicklung des Kon-
 tinentens mehr vertraut machen müssen. Und an unseren englischen Freunden ist die Lehre nicht verloren
 gegangen.

Nach dieser Richtung hin hat der Internationale
 Arbeiterschutzes-Kongress wohl mehr gutes gewirkt, als irgend
 einer der früheren internationalen Arbeiterschutzes-Kongresse, den Lon-
 doner Kongress mit eingerechnet — und zwar hauptsächlich des-
 halb, weil kein früherer Kongress in gleichem Maße die Mög-
 lichkeit ruhiger Verständigung geboten hat.

Der ruhige, geschäftsmäßige, eine freie Aussprache ermög-
 lichende Verlauf dieses Kongresses bildet seinen Hauptvorzug
 und verleiht ihm, was auch immer das Resultat seiner Be-
 ratungen und Beschlüsse sein möge, einen hohen praktischen
 Werth. Das wird auf allen Seiten gefühlt und kam vor dem
 Schluß des Kongresses und auch nachher noch — während der
 Dampferfahrt nach Rapperswil an der Hutteninsel
 Uffan vorbei — zu lebhaftem und warmem Ausdruck!

Daß die Herren Kathedersozialisten und Sozial-
 reform-Professoren auf dem Kongress durch Abwesenheit
 glänzen, hat dem Kongress keinen Abbruch gethan, aber dem
 Auf dieser Herren Professoren. War es Furcht vor König
 Stumm? Oder professorale Hochmuthigkeit? Oder Mangel
 an Ernst? Nun — verloren ist nichts an den Herren.
 Der Arbeiterbewegung haben sie durch ihr Fernbleiben sicher
 nicht geschadet. Eher das Gegentheil.

Recht bedauerlich ist, daß die Franzosen nicht kamen.
 Angesichts der Petersburger Komten-Komodie wäre es doppelt
 im Interesse des französischen Proletariats gewesen, die inter-
 nationale Solidarität zu betonen. Für unsere französischen
 Parteigenossen ist allerdings geltend zu machen, daß der französische
 Klerus, und zwar auch der sozialreformatorische, mit dem Brot-
 vertheilender Meline sich zusammengethan hat, um die Sozial-
 demokratie zu erwürgen. Da ist es ja zu verstehen, daß unsere
 Genossen keine Lust haben, mit solchen Elementen in eine
 Kongress zu sitzen. Sie hätten dieselben aber auch hier, gewiß
 nicht mit weniger Erfolg als in Frankreich, — bekämpfen
 können.

Es ist nicht geschehen, und unsere französischen Genossen
 werden, so oder so, mit Herrn Meline und der französischen
 Klerisei fertig werden.

Was wird König Stumm, was wird das deutsche
 Zentrum zu diesem Kongress sagen?

Warten wir es ab.
Unter allen Umständen hat der Kongress die Aufgabe, die ihm gestellt war, vollst. erfüllt; das Ende war gut wie der Anfang, und, wenn wir von parteipolitischen Gesichtspunkten absehen, so muß nach einstimmigem Urteil der Beteiligten das Zeugnis ausgestellt werden: in bezug auf Organisation, Leitung und Ton war der erste Internationale Arbeiterkongress ein Musterkongress.

In Wonne schwimmt das offizielle Frankreich. Die Empfangsfeierlichkeiten für den aus Petersburg heimkehrenden Faure werden ganz im monarchischen Stile arrangiert.

Pariser Depeschen melden hierüber:
Präsident Faure wird am Dienstag früh in Dänkirchen und an demselben Tage abends 6 Uhr in Paris eintreffen. Für den Empfang werden großartige Vorbereitungen getroffen. Der Präsident wird am Bahnhof von dem Ministerium und anderen hohen Würdenträgern, den Mitgliedern des Munizipalrats und der Generalräthe empfangen und im Zuge nach dem Elysee geleitet werden. Auf dem ganzen Wege dorthin wird Infanterie Spalier bilden. An die Armeen sollen am Dienstag seitens des Gemeinderates 100 000 Frcs. verteilt werden.

Für die Ausschmückung der Pariser Boulevards und zur Erleichterung eines Triumphzuges am Opernplatze gelegentlich der Rückkehr des Präsidenten Faure hat ein Komitee von Pariser Kaufleuten und Industriellen die Summe von 15 000 Francs gespendet. Der Marineminister und der Kriegsminister haben auf telegraphischem Wege den Kommandanten der Marine- und Feldarmeen den Befehl erteilt, nächsten Dienstag, anlässlich der Rückkehr des Präsidenten Faure, die Kanonen zu beschießen und zu illuminieren.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Paris gemeldet:
Die Chauvinisten sind mit dem Programm für den Einzug des Präsidenten Faure unzufrieden und verlangen, Faure solle, wenn er auf dem Konfordinenplatz anlangt, den Wagen verlassen und vor der Strahburg-Statue den Hut ziehen.

Das leitende Organ der französischen Bourgeoisie, der „Temps“, erhofft sich von der Petersburger Reise der Herren Faure und Hanotaux und der Ausbeute derselben durch die gekübten Pariser Stimmungsmacher eine starke Festigung des hochschützlänerischen und arbeiterfeindlichen Ministeriums Meline.

Der Optimismus des Organs des Herrn Hanotaux kann bald Lügen gestraft werden.

In den Jubeltänzen über die nun ausgesprochene Allianz werden bald die neugierigen Kritiker etwas Vernunft bringen. Nun wird das französische Volk den Inhalt des russisch-französischen Bündnisvertrages kennen lernen wollen, es wird sich nicht damit begnügen, daß ein Teil der Zeitungen das Abkommen als einen reinen Defensiv-, der andere als einen Offensiv- und Defensiv-Vertrag bezeichnet.

Größer aber als diese Schwierigkeiten sind die aus der inneren Lage sich entwickelnden. Die Frage der Brodvertheuerung erregt die Massen tief. Am Sonntag hatten sich 10 000 Arbeiter in Paris versammelt, um gegen die Regierung zu protestieren, welche mit den Händen im Schooß das Hinschneideln der Brotpreise mitangehen hat. Unter den sich auf der Straße wiederholenden Ausrufen „Nieder mit Meline“ gingen die Teilnehmer der Versammlung auseinander.

Vielleicht erfüllt sich der Wunsch dieser Demonstranten rascher, als es die siegestaumelnden französischen Staatsmänner für möglich halten.

Wenn die französischen Chauvinisten erwarteten, daß das Aussprechen des Wortes „Allianz“ Europa und vor allem Deutschland in blaffen Schrecken versetzen würde, so haben sich die Deronides gründlich getäuscht. Die Organe aller Parteien haben die Sache ganz kühl aufgenommen. Freilich, auch das wird noch anders kommen. Wenn unsere Regierung weit mehr neue Kanonen und weit mehr neue Panzerschiffe verlangen wird, als der Deutsche Reichstag mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen bewilligen kann, dann wird aus der Verfechtung des russisch-französischen Gespenst in riesenhafter Vergrößerung aufstehen.

Vielleicht spielt es auch bei unseren nächsten Wahlen wie der Boulanger Anno 1887 eine große Rolle.

Dann wäre doch diese Allianz zu etwas nütze — für unsere Marine-Enthusiasten! —

Sächsische Regierung und Verfassungstreue. Das preussische Minister-Trio Miquel-Dele-Schönstedt hat bei Gelegenheit des Vereinsgesetz-Entwurfs gezeigt, wie man es unter Umständen in den leitenden Kreisen versteht, die klaren Bestimmungen der Verfassung des Staates unausgeführt zu lassen. Kechnliches spielt sich jetzt in Sachsen ab. Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ veröffentlicht folgende Antwort, welche die sozialdemokratische Landtagsfraktion auf ihren Antrag behufs Zusammenberufung eines außerordentlichen Landtages erhielt:

Dresden, den 26. August 1897.
Auf Ihre unter dem 20. d. M. an die königliche Staatsregierung gerichtete Eingabe wird Ihnen unter Bezugnahme auf eine im heutigen „Dresdener Journal“ enthaltene amtliche Notiz zu erkennen gegeben, daß seitens der Staatsregierung wegen Gewährung entsprechender Entschädigungen aus Staatsmitteln an die bei Gelegenheit der Hochflut am 30. v. M. Geschädigten das Nötigste bereits eingeleitet worden ist und daß es zur Flüssigmachung der dazu nötigen Mittel der beantragten Einberufung eines außerordentlichen Landtages nicht bedarf.

Gesamtministerium.
v. Meißel.

In der angelegenen Notiz des „Dresdener Journal“ ist zu lesen:
„Es Erzeilen der Herr Staatsminister stellte dagegen eine ausgiebige finanzielle Unterstützung für die den Gemeinden zufallenden Wiederherstellungsarbeiten und für den privaten Immobilienverlust in der sicheren Erwartung in Aussicht, daß der im nächsten Herbst zusammenzutretende Landtag die vorläufig zu bewirkenden außerordentlichen Aufwendungen gutheißen und nachträglich genehmigen werde.“

Nun aber macht unser genanntes Parteiorgan darauf aufmerksam, daß dieses Verfahren der Regierung, wenn es tatsächlich von ihr eingeschlagen werden sollte, eine Verletzung von Verfassungsbestimmungen bedeuten würde. Der § 105 der sächsischen Verfassung besagt nämlich:

„Wenn in außerordentlichen, dringenden und unvorhergesehenen Fällen schleunige finanzielle Maßregeln erfordert werden, zu welchen an sich die Zustimmung der Stände notwendig ist, so ist eine außerordentliche Ständeversammlung einzuberufen.“

Sollten jedoch die Verhältnisse eine rechtzeitige Einberufung oder auch den Zusammentritt der Kammer durchaus unmöglich machen, so darf der König, unter Verantwortlichkeit der ihn hierbei beratenden Vorstände der Ministerialdepartements, das zur Bedeckung des außerordentlichen Bedürfnisses unumgänglich Nötigste provisorisch verfügen, auch erforderlichen Falls ausnahmsweise ein Anleihen aufnehmen; es sind aber die getroffenen Maßregeln so bald als irgend möglich der Ständeversammlung, und spätestens bei dem nächsten ordentlichen Landtage, vor-

zulegen, um deren verfassungsmäßige Genehmigung zu bewirken, auch ist selbiger über die Verwendung der erforderlich gewordenen Summen Nachweisung zu geben.“

Von der Unmöglichkeit einer sofortigen Einberufung des Landtages kann aber selbstredend gar nicht geredet werden. Wie will die sächsische Regierung ihre Absicht, deren Durchführung das Budgetbewilligungsrecht des Landtages verkehren würde, mit der Verfassung in Einklang bringen?

Und wie mag es kommen, daß die sächsische Regierung solche Wege zu gehen sich anschickt? Sollte es ihr vielleicht unangenehm sein, noch einmal vor den aufgrund des gleichen, nun zerstörten Wahlrechts gewählten Landtag zu treten und sich der Kritik der vollzähligen sozialdemokratischen Vertretung aussetzen? Ein solches gewiß begründetes Gefühl könnte aber ein Abweichen von den Vorschriften der Verfassung natürlich nicht entschuldigen!

Die Behandlung politischer Gefangener in Sachsen wurde vor einigen Monaten auf's lebhafteste besprochen, als unser Parteigenosse Steiger gefesselt durch die Straßen Leipzigs transportiert wurde. Die allgemeine Entrüstung veranlaßte selbst die sächsische Regierung, der sonst nicht leicht ein Mittel gegen die Anhänger der Sozialdemokratie zu schaff ist, jenes Vorkommnis zu mißbilligen und die Schuld daran einem Unterbeamten zuzuschreiben.

Trotzdem ist jetzt schon wieder ein ähnlicher Fall wie der Steiger'sche zu verzeichnen. Der frühere Redakteur der „Sächs. Arbeiter-Zeitung“ Schulze wurde am letzten Sonnabend Vormittag mit einer Kette an der rechten Hand und am Leib gefesselt durch die Straßen Dresden's transportiert. Der betreffende Genosse wurde von Hohened, wo er wegen Preßvergehens eine längere Strafe verbüßt, zu einem Termin vor das Dresdener Landgericht geführt.

Wie uns von kundiger Seite mitgeteilt wird, ist die Schuld in diesem Falle keineswegs auf den transportierenden Unterbeamten, der etwa instruktionswidrig gehandelt hätte, zu schieben. Vielmehr trägt das betreffende Amtsgericht, welches den Transport zu besorgen hat und während der Zeit des Transports für den Gefangenen verantwortlich ist — hier das Amtsgericht Stollberg — die Schuld. Dort besteht die Bestimmung, daß die Gefangenen, wenn ein Transport mit ihnen vorzunehmen ist, gefesselt werden sollen. Von einigen anderen Gerichten ist uns bekannt, daß sie diese Bestimmung auf schwere Verbrechen beschränken und politischen Gefangenen gegenüber auch die Rücksicht üben, sie durch einen Zivilbeamten und gesondert von anderen Gefangenen transportieren zu lassen. Das Amtsgericht Stollberg jedoch scheint die Fesselung rücksichtslos in allen Fällen anzuwenden. Diesem Gerichte aber unterstehen gerade zahlreiche solche Transporte, da in seinem Bezirk die eine der großen Landes-Strafanstalten liegt. Nur wenn der Transporteur selbst die Gefährlichkeit dieser Methode fühlt, bleibt sie zuweilen einem politischen Gefangenen erspart.

Man sollte meinen, daß durch den Fall Steiger, der damals die Empörung über diese sächsischen Zustände selbst tief in bürgerliche Kreise hineingetragen hat, das Ministerium veranlaßt worden wäre, gründliche Abhilfe zu schaffen. Das ist jedoch, wie man sieht, bis jetzt nicht geschehen!

Wir nehmen an, daß auch die bürgerliche Presse über diese Behandlung eines politischen Gefangenen von neuem ihre Mißbilligung zu erkennen geben wird, wenn es sich auch nicht um eine in literarischen Kreisen so bekannte Persönlichkeit wie in dem früheren Falle handelt. Den sächsischen Regierungsherren muß bedeutet werden, daß die öffentliche Meinung derartige Dinge nicht ruhig hinnimmt.

Die Kriegsschadensfrage erscheint noch immer höchst schwierig. Die griechische Regierung hat den Mächten eine bestimmte Antwort auf ihre Forderungen versprochen, sobald sie von der Kammer ein Vertrauensvotum erhalten haben wird. Wie verlautet, werde die Regierung als Garantie für die Kriegsschadens-Anleihe die Einnahmen aus der Tabak- und der Stempelsteuer anweisen und erklären, daß sie es annehme, daß die Vertreter der Mächte in Athen eine Ueberwachung ausüben, welche den Zweck hat, die genaue Erfüllung der Bedingungen des Anleihevertrages zu sichern.

Mit der Erlangung eines Vertrauensvotums von Seiten der Kammer will es jedoch nicht gelingen. Am Sonnabend war die Kammer nicht beschlußfähig, weshalb die Sitzung aufgehoben werden mußte. Falls am Montag auch die zur Beschlußfähigkeit erforderliche Zahl von Abgeordneten nicht zusammen kommt, so beabsichtigt das Ministerium seine Entlassung einzureichen.

Aus Kandia wird vom 28. d. M. berichtet: Die am 24. d. M. zusammengetretene Nationalversammlung hat sich in zwei Parteien gespalten. Zwölf Mitglieder aus den östlichen Distrikten, darunter der Vorsitzende, wollten die Annahme der Autonomie verweigern; ferner solle die Zurückziehung der türkischen Truppen bis zur Regelung der griechisch-türkischen Frage erbeten werden. Die übrigen 60 Mitglieder waren für die sofortige Annahme der Autonomie, jedoch gleichfalls für die Zurückziehung der Truppen. Die letztere Resolution wurde angenommen, worauf die zwölf Mitglieder die Sitzung verließen. Ein Memorandum hierüber wurde an die Admirale abgesandt.

Deutsches Reich.
— Haben wir noch einen Reichskanzler? Diese Frage stellten unlängst einige linksliberale Blätter. Mit ungewohnter Promptheit antwortet heute die hochoffizielle „Norddeutsche Allgem. Zeitung“:

Seine Durchlaucht der Reichskanzler, Fürst zu Hohenlohe-Schillingfürst, wird am Freitag Abend hier (NB. von seinem Gute Wehl in Rudolh. Abd. d. „Vorw.“) eintreffen und sich alsdann nach Homburg begeben.

Na also! So haben wir doch einen Reichskanzler! Geprisen sein Du, beglücktes deutsches Volk!

— Das Handelskammer-Gesetz wird heute in der Gesetzesammlung veröffentlicht.

— Ueber die Frage der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen theilen die „Sozialistischen Monatshefte“ noch einige auf ihre Umfrage eingegangene Erwiderungen zu den früheren mit. Wenn wir von den Äußerungen einiger ausländischen Parteigenossen absehen wollen, so sind die Meinungen der Antwortertheiler schon bekannt geworden. Genosse Auer erklärt sich, wie schon früher in diesem Blatte, gegen Aufstellung eigener Wahlmänner und für Unterstützung der bürgerlichen Opposition. Schönknecht ist gegen jede Wahlbeteiligung. V. Elm wünscht Unterstützung solcher Wahlmänner, welche bestimmte Forderungen zu vertreten versprechen. Der freisinnige Abg. Richter hält es nicht für zweckmäßig, in die Diskussion einzugreifen.

Zur der „Nation“ hat sich der freisinnige Abg. Th. Barth über die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen, daß zahlreiche Nicht-Sozialdemokraten, die sich bisher nicht entschließen konnten, auch nur in der Stichwahl einen sozialdemokratischen Kandidaten zu unterstützen, dann zu dem Entschlusse kommen: lieber ein Sozialdemokrat, als ein Junker und Junker-genosse!

Abg. Barth schließt seine Darlegung folgendermaßen:
„Wahrscheinlich wird sogar diese Wirkung bei den Reichstagswahlen viel bedeutsamer werden, als die Wahlhilfe der Sozialdemokratie bei den nachfolgenden Landtagswahlen. Sodann kommt aber noch etwas Weiteres hinzu. Eine bei den Landtagswahlen den Liberalen gewährte Wahlhilfe, wenn sie auch von den bei der Wahl Unterstützten nicht erbeten und von der anderen Seite in wohlverstandenen eigenen Interesse gewährt ist, legt dem Liberalismus die starke moralische Verpflichtung auf, das verrotzte Dreiklassen-Wahlrecht mit mehr Nachdruck als bisher zu bekämpfen. In demselben Maße, wie die Sozialdemokratie politisch reifer wird, erscheint der Zustand standalös, daß eine Partei, die unter dem allgemeinen Wahlrecht beinahe über ein Viertel der Wählerstimmen des Deutschen Reichs verfügt, in Preußen vermöge des „elendesten aller Wahlrechts“ auch nicht einen einzigen Abgeordneten ins Parlament bringen kann.“

Ob der Liberalismus sich zu einer solchen Haltung, wie sie Herr Barth empfiehlt, anzufassen im Stande sein wird, wird abgewartet werden müssen.

— Die 44. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands wurde am Sonntag Abend eröffnet. Am Montag begann die erste geschlossene Versammlung. In derselben wurde ein Schreiben des Papstes an das Solalkomitee verlesen, in welchem der Papst der 44. Generalversammlung den Segen erteilt. Die Wahl des Bureaus ergab folgendes Resultat: Erster Präsident: Dr. Bachem-Röll, erster Vizepräsident: Baron Hermann v. Ruffes, zweiter Vizepräsident: Fabrikbesitzer Brandis-München-Stadbach. Es wurden Huldigungstelegramme an den Papst, den Prinz-Regenten und an den Kaiser abgesandt.

Es liegen der Versammlung eine Fülle von Anträgen vor, die aber insgesamt betrachtet einen weiten Gesichtskreis vermissen lassen. Bemerkenswert erscheinen die Anträge auf Wiederherstellung der territorialen Souveränität des Papstes und auf Verbot aller Aweilämpfe im Reichsgebiet sowie Empfehlung der Ausschließung der Duellanten von allen öffentlichen und Gemeindefestungen. Ein Antrag von Dr. Jürgens verlangt Sonntagseruhe für die Beamten der Post, Telegraphie und Eisenbahnen. Mehrere Anträge beschäftigen sich mit dem Kampf gegen unsittliche Bücher, Bildwerke etc.

— Der XVIII. Parteitag des Vereins der deutschen Volkspartei findet, wie wir schon früher berichtet haben, am 18. und 19. September in Mannheim statt. Außer den geschäftlichen Punkten steht auf der Tagesordnung: Mittheilung der Kommission für den Antrag betr. die Verschärfung gegen Arbeitslosigkeit (Berichterstatler Leopold Sonnemann) und die bevorstehenden Reichstags-Wahlen (Berichterstatler Dr. L. Quibde.)

— Unternehmerrwünsche. Das Kommerz-Kollegium in Altona, das die Funktionen einer Handelskammer ausübt, berät in seinem soeben erschienenen Jahresbericht auch die Arbeiterfrage. Der Bericht verbreitet sich u. a. über die während des Hafenarbeiter-Ausstandes gegen Arbeitswillige verübten angeblich „offenbar planmäßigen überaus zahlreichen Gewaltthatigkeiten“, welche die Polizeibehörden nicht verhindern konnten, und welche auch das Strafgesetz nur ganz unzureichend zu sühnen im Stande sei. Der Bericht stellt in dieser Hinsicht eine ganze Reihe von Behauptungen auf, welche unser Hamburger Partei-Organ als nicht richtig und unwar zu rückweist, und er gipfelt alsdann in folgendem Wunsche:

„Insbesondere würde es sich dann unseres Erachtens empfehlen, in die Hand der höheren Verwaltungsbehörden die außerordentliche Machtbefugnis zu legen, bei Verübung massenhafter Gewaltthaten der geschilderten Art das Vereins- und Versammlungsrecht der ausländischen Arbeiter auf bestimmte, nicht zu lang bemessene Zeit zu suspendieren.“

Mit diesem Wunsche zeigt sich das Kommerz-Kollegium von Altona, dessen Vorsitzender der durch sein arbeiterfeindliches Auftreten im Herrenhause bekannte Oberbürgermeister Dr. Gies ist, als würdige Interessenvertretung des rücksichtslosesten Kapitalistenhums. Die Herren Handelsbarone von Altona, die ausländischen Arbeiter das Vereinigungsrecht gerade dann nehmen wollen, wenn sie es am meisten brauchen, geben wirklich den Junkern Ohebens an Bescheidenheit und Arbeiterfreundlichkeit nicht im geringsten nach.

— Das Eisenbahnunglück bei Celle beschäftigt noch immer die Öffentlichkeit. Die Entgleisung ereignete sich auf dem östlichen Geleise, der kaiserliche Hofzug fuhr auf dem westlichen; mehrfach wurde nun, um die Attentatsgerichte aufrecht erhalten zu können, behauptet, der Hofzug habe nur wegen Reparaturen am östlichen Geleise das westliche ausnahmsweise benutzt. Aber auch dieser schwache Trost fällt jetzt fort. Die königliche Eisenbahndirektion Hannover theilt einem hannoverschen Blatt mit, daß der erwähnte Sonderzug im hannoverschen Bezirk überall auf dem für die von Hamburg nach Kassel fahrenden Züge der bestehenden Vorschrift entsprechend regelmäßig benutzten, in der Fahrtrichtung rechts gelegenen, westlichen Geleise befördert worden ist. — Das ist recht bitter für die Stumm und Konforten, deren dunkle Pläne sich am leichtesten erfüllen lassen, wenn sie Attentate und Attentatsgerichte als Trümper ausspielen können. — Ein Hamburger Blatt schreibt zu der Angelegenheit: „Angesichts der traurigsten Verhältnisse, das Gespenst des Anarchistenattentates an die Wand zu malen, sei der preussischen Bahnverwaltung der erste Rath erteilt, sich erst gründlich mit der Frage zu beschäftigen, wie weit etwa übertriebene Sparsamkeit und daraus sich ergebende Mangelhaftigkeit des Bahnmateriale an dem schrecklichen Unglücksfall die Schuld tragen können. Jedermann weiß, wie unangenehm das Befahren der Strecke Hamburg-Hannover infolge des besagten Schüttelns der Wagen an manchen Stellen der Strecke ist. An der Unglücksstelle sollen Maschine und Wagen geradezu gehäuft haben. Das legt doch den Gedanken nahe, daß nicht alles im Bahnunterbau so ist, wie es sein sollte.“

— Der Scharfmacherer zweiter Theil. Unter dieser Spitzmarke schreibt heute die „Volks-Zeitung“: „Nachdem der frühere Chefredakteur der „Post“, Dr. Kayser, vor ca. drei Jahren durch Herrn G. Grobbed ersetzt worden war, wird, wie wir hören, im September ein abermaliger Wechsel in der Chefredakteur-Stelle der „Post“ vorgenommen. Die bisherige Haltung der „Post“, obwohl das Blatt im „Scharfmachen“, in dem Rußen nach Annahmegesehen u. das Menschenmögliche geleistet hat, scheint dem Verlegerkonfortium, in dem Herr v. Stumm den vorherrschenden Einfluß hat, noch immer nicht zu genügen. Als Nachfolger des Herrn Grobbed dürfte ein ergreiftener süddeutscher Journalist in die „Post“ eintreten. Dieser hat schon früher durch eine sozialisten-freierische Broschüre, in der auch an dem allgemeinen Wahlrecht kein gutes Haar gelassen wurde, das besondere Wohlgefallen des Herrn v. Stumm erregt. Die mit jenem Sozialistenführer gepflogenen Verhandlungen wegen des Eintritts in die „Post“ hatten sich jedoch damals zerschlagen. Jetzt, nach dem neuesten Beschluß, wird also der „große Scheißstein“ mit einem Plus von mehreren Tausend Atmosphären Dampfdruck gedreht werden. Das wird voraussichtlich für die Umstehenden sehr amüsant sein.“

Nach unseren Informationen ist trotz des Uebereifers der Brüder Grobbed und trotz des sehr schwer lösbaren Vertrages des Chefredakteurs Grobbed der gesammten Redaktion mit Ausnahme der Kunstreferenten geländigt worden. Die künftige Redaktion der „Post“ wird bemüht sein, noch verlogener die Arbeiterbewegung zu bekämpfen und noch zynischer die Interessen des Großkapitalismus zu vertreten. Ob diese Bemühungen glücken, hat bloß psychologische, nicht politische Bedeutung. Dasselbe gilt davon, was Herr Grobbed senior künftig anstellen wird. Vielleicht wird er wieder demokratischer Journalist. Zahlt man ihm gehörig, so schreibt er vielleicht auch noch sozialdemokratisch. Freilich so dumm wird niemand sein, sich einen Redakteur der „Post“ zu kaufen.

— Noch einmal Herr v. Kähler. Die so laut aufposaunte Beleidigungsgeschichte vom Bahnhof in Belgard schrumpft nun in sich selbst zusammen. Das pommerische Blatt, das die Belgardener Bahnhofsgeschichte in der sensationellsten Form gebracht

hatte, sieht sich genötigt, das folgende ihm vom Oberpräsidenten v. Köller zugesandte Telegramm abzuändern: „Schleswig, 27. August. Ihre Notiz in Nr. 198 über mich ist von Anfang bis zu Ende unwahr. Ich bin überhaupt nicht am 23. in Belgard gewesen, bitte auf Grund des § 11 des Preßgesetzes um Berichtigung.“ v. Köller, Staatsminister und Oberpräsident.“ Außerdem erhält das Blatt von dem Bahnhofsbeamten, dessen Gattin als eine Hauptbeteiligte an dem Vorgang hingestellt worden war, folgende Zuschrift: „Meine Frau ist mit dem Herrn, der sich später als Herr v. Köller legitimierte, in gar keinem Wortwechsel gerathen. Meine Frau hat dem Herrn in aller Ruhe bestätigt, daß der Zug nach Berlin ordnungsmäßig abgerufen sei. Die Worte: „Sie sind ja ein ganz impertinenter Mensch“ sind nicht gefallen.“ Ferner wird in dem Schreiben noch bemerkt, daß weder der betreffende Bahnhofsbeamte, noch der Köllner Strafantrag stellen würden. —

— Der Landrath Jacobs, Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses für Landsberg-Soldin, ist am Montag früh gestorben. —

— Dresden, 28. August. (Sig. Ver.) Aus allen betroffenen Th. in Sachsen liegen jetzt zahlenmäßige Nachrichten der Behörden und Abschätzungs- und Untersuchungs-Kommissionen über den durch das Hochwasser angerichteten Schaden vor. Danach beläuft sich der Schaden von Privaten und Gemeinden auf 10 442 844 M. Unter Zurechnung des Schadens an Staatsbesitzungen ergibt sich als Gesamt-Schadigungssumme 18 295 000 M. —

— Gegen den ambulanten Gerichtsstand der Presse, welcher diese bekanntlich außerordentlich beschwert, hat sich recht vernünftigerweise ein bayerisches Blatt ausgesprochen. Die „Münch. Neuesten Nachrichten“ berichten hierüber: „Der ambulante Gerichtsstand der Presse, d. h. jene durch eine Rechtsprechung äußerst ansehnlicher Art eingeführte Gepflogenheit, wonach die Redaktion einer Zeitung nicht lediglich, wie es dem gesunden Menschenverstande und den aus den Verhältnissen sich ergebenden Folgerungen entspricht, am Orte des Erscheinens der Zeitung verlagert werden, sondern vor das Gericht jedes beliebigen Ortes, wohin auch ein Exemplar der Zeitung gelangt, gezogen werden kann, hat eine erste Durchbrechung erfahren durch das prinzipiell wichtige Urtheil eines bayerischen Gerichts, weshalb wir dieses Urtheil, falls in einer sonst belanglosen Klagesache hier erwähnen müssen. Gegen den verantwortlichen Redakteur unseres Blattes war Klage erhoben beim Amtsgericht in Wilsed. Der Rechtsbeistand unseres Blattes erhob dagegen in ausführlicher Begründung den Einwand der Inkompetenz, und das genannte Gericht eignete sich diese Begründung an und wies die Klage, wegen Unzuständigkeit des l. Amtsgerichts Wilsed“ zurück. Wir hoffen zuversichtlich, daß diese Entscheidung, welche eine spitzfindig herausgetastete und ganz haltlose Interpretation verwirft und gesunden Rechtsanschauungen, sowie den Verhältnissen des praktischen Lebens Rechnung trägt, nicht die einzige bleiben wird.“ — Diese zuversichtliche Hoffnung des Münchener Blattes theilen wir kaum, da die Presse sich im allgemeinen bei den Männern der Justiz keiner besonderen Liebe erfreut. —

— Der bairische Landtag ist auf den 28. September einberufen worden. Er wird sich zuerst mit der Budgetberatung beschäftigen. Sodann werden ihm Gesetzentwürfe über die Erleichterung und allmähliche Beseitigung der Bodenzinslast, über die Reform der direkten Steuern und bezüglich der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches zugehen. In Bezug auf letztere sind mehrere Vorlagen zu erwarten, die successiv eingebracht werden. In der Steuerfrage will die Regierung eine erhebliche Heranziehung der Großgeschäfte, der Bazare, Waaren- und Versandhäuser, Filialgeschäfte vorschlagen. Auf diesem Gebiete gehen die Meinungen bei den großen Parteien, insbesondere beim Centrum sehr auseinander. Es wird auch von der Regierung keine glatte allgemeine Einkommensteuer vorschlagen, sondern es werden die bestehenden direkten Steuern beibehalten und nur umgearbeitet. Daneben wird daran wohl noch eine besondere Ausgleichsteuer mit einigen Anklängen an eine allgemeine direkte Steuer vorge schlagen werden. Auch die Abänderung des Vereinsgesetzes im Sinne der im Reichstag gemachten Zusage wird den Landtag beschäftigen. —

— Das bayerische Centrum, welches durch die Agitationen der Bauernbündler und anderer Abtrünniger sich in leinere Lage befindet, wird auch durch die etwas mildere Haltung des Bauernagitatoren Dr. Heim nicht besonders getrübt werden. Dr. Heim befindet sich zur Zeit in seinem Wahlkreise und entwickelt in den verschiedenen Ortschaften sein Programm. Unlängst war er in Neustadt a. M. und hielt dort eine längere Rede, wobei er sich nach dem „Reg. B.“ u. a. äußerte: „Ich werde zum Centrum treten, denn es ist besser, in der Partei die Wasser in die rechte Hand zu lassen, als außerhalb der Partei zu stehen und nichts auszurichten. Oben würde man es freilich gerne sehen, wenn ich das Centrum sprengte und eine neue Fraktion bildete. Aber ich werde beim Centrum bleiben, denn das Centrum hat ein gutes Programm. Es hat auch schon viel gethan für das Volk. ... Ich werde darum das Programm der Centrumspartei annehmen, mir aber in der Taktik freie Hand vorbehalten.“ Befragt, was die letztere Wendung bedeuten sollte, erwiderte Dr. Heim: „Ich meine damit: Oft giebt es Meinungsverschiedenheit, da werde ich dann meiner Ueberzeugung folgen und mich nicht leithammeln lassen. Ich werde in der Fraktionsführung meine Meinung offen aussprechen und begründen. Geht man mit mir, so ist es recht, geht man nicht mit mir, dann gehe ich meine eigenen Wege. Uebrigens weiß ich, daß viele Herren im Landtage auf mich warten, denn sie möchten einen haben, der lange Stiefel an hat und vorausgeht. Nun gut, den Hannemann mit den langen Stiefeln will ich machen.“ —

— Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Die Bromberger Strafkammer verurtheilt den Restaurateur Seiler in der Vorstadt Schleusenau wegen Majestätsbeleidigung zu sechsmonatlichem Gefängnis. Der Verurtheilte wurde sofort verhaftet; seine eigene Ehefrau hatte ihn denunziert.

Schweiz. Basel, 30. August. Der hier tagende Zionisten-Kongress hat nach langer Debatte in der heutigen Vormittags-Sitzung das Programm der Bewegung folgendermaßen formuliert: 1. Der Zionismus erstreckt sich auf das jüdische Volk in der Schaffung einer rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina. Zur Erreichung dieses Zweckes nimmt der Kongress folgende Mittel in Aussicht: 1. zweckdienliche Förderung der Besiedelung Palästina's mit jüdischen Arbeiterbauern und Gewerbetreibenden. 2. Gliederung und Zusammenfassung der gesammten jüdischen Bevölkerung durch geeignete örtliche und allgemeine Veranstaltungen auf der Grundlage der Landesgesetze. 3. Stärkung des jüdischen Nationalgefühls und Volksebewußtseins. 4. Vorbereitende Schritte zur Erlangung der für die Erreichung des zionistischen Zweckes notwendigen Zustimmung der Behörden.

Zur Schaffung dieses jüdischen Staates fehlen, wie unlängst ein geistreicher Schriftsteller sagte, bloß der Staat und die Juden, die ihn bilden wollen.

Niemandem kann die zionistische Bewegung erwünschter sein, als den Antisemiten, denn die zionistische Minderheit der Judenthümlichkeit behält da nur die Grundannahme der Antisemiten, daß die Juden ein fremdes, in den anderen Völkern, unter denen sie wohnen, nicht aufgegangenes Volkselement seien. Diese Voraussetzung des Zionismus erklärte es, daß die Vertreter derer, die sich noch als Juden fühlen, die sich aber wohl fühlen in unseren Ländern, so die Rabbiner, sich in den schroffsten Gegensatz zu den Zionisten gestellt haben. —

Oesterreich. Prag, 30. August. Die Sozialdemokraten beschloßen als Vorläufer zu einer Friedendemonstration die Massenausgabe eines Manifestes in beiden Sprachen, worin alle Schuld betreffend des Sprachenstreites der Regierung und der Bourgeoisie beider Nationalitäten zugeschrieben wird, und beider zur Schlichtung der Differenzen für unfähig erklärt werden. Ferner wird in dem Manifest die Befreiung aller politischen Rechte der bestehenden Klasse und der Er-

lasse des Sprachengesetzes sowie die Einführung des gleichen direkten Wahlrechts gefordert.

Paris, 29. August. (Eigener Bericht.) Die sozialistische Agitation gegen die Broitsteuerung wurde von Meline und seinen Proklamatoren mit der üblichen Wahrheitsliebe für eine künstliche Wache erklärt. Die gestrige Massenversammlung im größten Pariser Saale des Livoli-Vauxhall wird den Herren endlich vielleicht die Lust nehmen, die Evidenz zu leugnen. Das große, an die 8000 Personen fassende Lokal war beinahe bis auf den letzten Platz gefüllt. Etwa 1000 Personen mußten umkehren, weil die Polizei in herausfordernder Willkür von 9 1/2 Uhr an „Einladungskarten“ zu fordern begann, als ob in Frankreich österröische § 2-Versammlungen existirten. Sämmtliche Redner, Vertreter aller sozialistischen Organisationen und Richtungen ohne Ausnahme, geißelten unter dem einmüthigen stürmischen Beifall der versammelten Proletarier und Kleinbürger die schuldnerische Ausbeuterungs-Politik Meline's, sowie dessen reaktionäre Politik im allgemeinen. Genosse Gérauld-Richard, der Vorsitzende der Versammlung, betonte, daß die Getreidebesitzer einzig den Großgrundbesitzern und den Getreide-Spekulanten zu gute kämen, während der Kleinbauer unter hohen Getreidepreisen ebenso sehr leide, wie der ländliche und städtische Proletarier, da er in einem Mißjahr an den hohen Brotpreisen mehr verliert, als er an den hohen Getreidepreisen gewinne. — Nebenbei freilich mehrere Redner das Ereigniß des Tages, die franko-russische Allianz, in abfälliger Weise. Der sozialistische Abg. Chauviere denunzirte die Allianz, die von der opportunistischen Regierung mit dem Jaren geschlossen wurde, „um die Böller zu bedrücken“. Das sozialistische Gemeinderathmitglied Berthaut meinte, Faure's Reise wäre nur dann nützlich, wenn er aus Rußland einige Schiffsladungen goldstreifen Getreides mitbrächte. Genosse Turot, Mitarbeiter der „Petite Republique“, schloß seine Rede unter tosendem Beifall mit den Worten: „Nein, Herr Meline, wir sind einstweilen keine Ruschits, und wenn man die Krute in Frankreich einführt, dann werden es die Sozialisten sein, die sie am Griffe packen, um damit den Ausbeuter zu peitschen.“

Zwei Resolutionen im Sinne der gehaltenen Reden wurden einstimmig angenommen unter den Rufen: „Nieder mit Meline! Nieder mit dem Ausbeuter!“ In der ersten Resolution wird die Schädlichkeit der Broitsteuerung auch für die Kleinbauern und die Arbeiter betont, sowie die Nothwendigkeit der politischen und gewerkschaftlichen Klassenorganisation des Proletariats zum Zwecke seiner endgiltigen Befreiung durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. In der zweiten Resolution werden als vorläufige Abhilfsmittel gegen die Broitsteuerung folgende Forderungen aufgestellt: Getreidehandels-Monopol der Gemeinden oder des Staates; Schaffung von kommunalen Getreidemöhlen und Bäckereien zwecks Broitlieferung zum Selbstkostenpreis; das Recht der Gemeinden, die Verpflüger der Einwohner zu sichern und die Getreidespekulation zu verhindern. — Die Versammlung ging auseinander unter dem Hingegen der Carmagnole und des Redreims: „Bepudlet Meline! Bepudlet ihn!“ Eine Straßenkundgebung wurde, wie üblich, durch das Massenaufgebot von Polizei und Militär verhindert.

Man sieht, die endlich erlangte Bezeichnung der franko-russischen Beziehungen mit dem Namen Allianz hat Herrn Meline beim Pariser Volke nicht beliebt gemacht. Dagegen rechnet der herrschende Klänge auf eine ernstliche Berücksichtigung der nächsten Kammerwahlen in der Provinz durch den Allianz-Trinnspruch. Die be- und verrufenen Organe der Großbourgeoisie, die „Temp“ und die „Débat“, beuten offener denn je die Jarenfreundschaft im Partei-Interesse aus. Einzig die vom Kabinett Meline gelieferten Beweise der Weisheit und der Reife“ hätten nach dem „Temp“ den hochbedeutenden Allianz-Trinnspruch möglich gemacht. Man müsse daher auf diesen Punkt die Aufmerksamkeit der — „französischen Wähler“ lenken. Die „Débat“, die auf auswärtigem Gebiete die Allianz recht nüchtern auflassen, indem sie darin für Rußland eine Periode der ruhigen Expansion in Asien und für Frankreich eine Periode der Vollendung seiner kolonialpolitischen Unternehmungen erblicken, legen das Hauptgewicht auf die innerpolitischen Folgen der Allianz. Die nächste Kammer müsse eine geschlossene kapitalistisch-reactionäre Mehrheit enthalten, solle anders die Allianz nicht erschüttert werden. Diese bei der heruntergekommenen französischen Bourgeoisie nicht mehr verwunderlichen Aeußerungen vorathen wohl einen der Beweggründe, der den Petersburger Chef der europäischen Reaktion endlich zur halbvolten Proklamirung der Allianz bewogen hat. —

Wrest, 30. August. Der christlich-soziale Abbé Gayraud, dessen Mandat von der Kammer für ungültig erklärt worden war, ist wiederum mit starker Majorität zum Deputirten gewählt worden. —

Marseille, 30. August. (S. V.) Gegen die Vertheuerung der Brotpreise hat gestern hier eine große Manifestation von der Präfectur stattgefunden, und zwar unter Leitung des Maire und des sozialistischen Gemeinderaths. Die Versammlung forderte Herabsetzung der Getreidepreise. — In Toulouse wurde eine ähnliche Manifestation inszenirt.

Belgien. — Gegen die Ausweisung des englischen Arbeiterführers Ben Tillet aus Antwerpen hatte die englische Regierung bei der belgischen Protest erhoben. Namentlich ist das Gesuch veröffentlicht worden, welches das belgische Ministerium erwächtigt, diesen Konflikt durch schiedsrichterlichen Spruch auszugleichen. Beide Regierungen haben einen französischen Juristen als Schiedsrichter gewählt. —

England. London, 30. August. Wie aus Simla gemeldet wird, sind mehrere Regimenter Infanterie und Kavallerie, sowie mehrere Kanonen nach den bedrohten Festungen bei Kurum abgegangen. Das Fort Dundicol ist infolge Verfalls vom Feinde eingenommen worden.

London, 30. August. In der gestern hier abgehaltenen großen Versammlung der Mechaniker wurde eine Resolution angenommen, laut welcher den Streikenden Geldmittel bewilligt werden sollen.

Konstantinopel, 30. August. Eine von der Polizei vorgenommene Zählung, durch welche festgestellt werden sollte, wieviel Armenier sich in jedem Hause befänden, rief unter den Kriemlern lebhaftest Beunruhigung hervor. Die Polizei erklärte ihr Vorgehen damit, daß sie die zwei noch nicht zur Haft gebrachten Teilnehmer an den kürzlich verübten Attentaten suche. Die übrigen neun Attentäter sind verhaftet, der Prozeß gegen dieselben beginnt in der nächsten Woche. —

Afrika. Tanager, 28. August. Rußland beabsichtigt in Tanager eine Gesandtschaft zu errichten und wird schon in nächster Zeit einen Vertreter dahin entsenden. Auch dieser Schritt Rußlands zeigt, wie sehr sich dieser Staat für afrikanische Angelegenheiten zu interessieren begonnen hat. —

Partei-Nachrichten.

Auf der Parteikonferenz für den Wahlkreis Preussisch-Angermünde, die am 29. August in Freienwalde a. O. abgehalten wurde, waren 16 Delegirte anwesend, ferner der Reichstagskandidat des Kreises, Genosse Thierbach, sowie je ein Vertreter der brandenburgischen Agitationskommission und der Presse. Beschlossen wurde, die „Brandenburger Zeitung“ überal in Kreise einzuführen. Nach einem Referat Thierbach's, der entschieden jede Theilnahme an den Landtagswahlen verweigert, fand eine längere Aussprache für und wider statt, woraus mit 2 Stimmen Mehrheit beschloßen wurde, für Aushebung des Kölner Parteitagbeschlusses auf der Provinzialkonferenz einzutreten. In derselben wurden die Genossen Bräsch, Straßburg und Löffel-Prenzlau delegirt. Der bisherige Kreis-Vertrauensmann Robert Gütterberg in Schwedt a. O. wurde wiedergewählt.

Preussische Landtagswahlen. Der Parteitag für den Reichstags-Wahlkreis Calbe-Aischersleben, der am 22. August in Quedlinburg tagte und von 12 Orten mit 18 Delegirten besetzt war, nahm einstimmig folgenden Antrag des Redakteurs Adler aus Halberstadt an: Der Hamburger Parteitag möge beschließen: Der Kölner Beschluß wird aufgehoben, die Partei theilt sich offiziell nicht an den Landtagswahlen, sondern überläßt dies den einzelnen Wahlkreisen. Bedingung hierzu ist jedoch, daß der etwa zu unterstützende gegnerische Kandidat sich auf gewisse, von einem Zentral-Wahlkomitee aufgestellte Forderungen verpflichtet.

In demselben Sinne beschloß eine Parteiverammlung in Halberstadt. Der Adlersche Antrag wurde dort jedoch nur mit 50 gegen 88 Stimmen angenommen.

Die Parteikonferenz für den Regierungsbezirk Merseburg, die am letzten Sonntag in Halle tagte und von Zornig, Liebenwerda, Delitzsch, Bitterfeld, Zeitz, Weiskensfeld, Raumburg, Eisleben, Nordhausen, Querfurt, Wittenberg, Schweinich, Merseburg und Halle-Saalkreis mit 28 Delegirten besetzt war, faßte nach dem Referat des Reichstags-Abgeordneten Friz Runert einstimmig auf dessen Vorschlag folgenden Beschluß: „In Beziehung auf die preussischen Landtagswahlen dahin zu wirken, daß der durch die allgemeine sozialpolitische Lage unhaltbar gewordene Parteitagbeschlus von Köln — wonach es Pflicht der Parteigenossen sei, sich jeder Theilnahme an den Landtagswahlen unter dem jetzt bestehenden Wahlsystem zu enthalten“ — beseitigt werde. Die Genossen in Preußen haben dadurch die Möglichkeit, die Theilnahme nach eigenem Ermessen in jedem einzelnen Falle für Stadt- oder Landkreise zu entscheiden. Es erscheint schließlich dringend nöthig, daß mindestens die allgemeine Direktive für die Art der Wahltheilnahme oder die stellenweise Nichttheilnahme in ganz Preußen von dem diesjährigen sozialdemokratischen Parteitag in Hamburg ausgeht.“

Die „Rheinische Zeitung“ in Köln schreibt: Die praktische Erledigung der Frage wird unserm Brachten die sein müssen: Der Parteitag beschließt, ob die Kölner Resolution über die Landtagswahltheilnahme aufgehoben werden soll. Fällt dieser Beschluß, was zu erwarten ist, bejahend aus, dann ist es Sache der preussischen Parteigenossen, sich über die Theilnahme, ob und wie, schlüssig zu werden. Das mag am besten in einer im Anschluß an den Parteitag abgehaltenen Konferenz der Delegirten der preussischen Wahlkreise erledigt werden.

Die „Volkstimme“ in Magdeburg beharrt auf ihrem Vorschlag, daß der Parteitag in Hamburg sich lediglich mit der Aufhebung oder Befassung des Kölner Beschlusses befassen soll. „Dies ist“, sagt die „Volkstimme“, „nach einem einleitenden Referate sehr bald geschehen. Nicht so schnell lassen sich unserer Meinung nach die übrigen Fragen regeln. Und die kostbare Zeit aller Delegirten hier zu vergeuden, halten wir eben für unthunlich. Wir haben zunächst die Einsetzung eines Zentral-Wahlkomitees im Auge, dem die Gesamtleitung der etwa zu beschließenden Wahltheilnahme anvertraut werden muß. Diese Centralstelle halten wir für unumgänglich nöthig. Nicht etwa, daß sie in die Einschließung der einzelnen Wahlkreise eingreift, insofern es sich um die Entscheidung über die Wahltheilnahme handelt, sondern daß diese Centralstelle die Direktive übernimmt, um dem heillosen Wirrwarr zu begegnen, der unbedingt entsteht, wenn den einzelnen Wahlkreisen belassen bleibt zu entscheiden über die dem Gegner zu machenden Konzeptionen, ist notwendig die Befestigung jener Forderungen, auf die wir die von uns zu unterstützenden bürgerlichen Kandidaten verpflichten. In verschiedenen Kreisen werden bereits Stimmen laut, die bürgerlichen Kandidaten nur dann zu unterstützen, wenn sie sich außer für Aufhebung des Dreiklassenwahlrechts noch für die Aufhebung der Gemeinde-Ordnung erklären; in gewissen Wahlkreisen wird das Vergealrecht in den Vordergrund gestellt. So sehr wir die Regelung dieser beiden Fragen wünschen, glauben wir, sie in diesem Falle nicht befürworten zu können, da wir sonst nicht in die Lage kommen, auch nur einen einzigen bürgerlichen Kandidaten zu unterstützen. Unserer Meinung nach können die bürgerlichen Kandidaten zunächst nur daraufhin von uns verpflichtet werden, daß sie im preussischen Abgeordnetenhause die Aufhebung des Dreiklassen-Wahlrechts beantragen und hierfür eintreten. Alles übrige findet sich dann später. Beschließt der Parteitag in diesem Sinne, dann ist der „Korruption“ und „Stegmüllerei“, die infolge der Wahltheilnahme befürchtet wird, ein Allegeal vorgehoben. Alle diese Fragen sind nicht kurzerhand zu erledigen; sie bedürfen einer sachlichen Aussprache. Und da hieran zumeist die preussischen Delegirten theilnehmen, wird der allgemeine Parteitag entlastet, wenn die preussischen Delegirten in besonderer Konferenz zusammentreten.“

Für den dritten Hamburger Reichstags-Wahlkreis wurde seitens der Vertrauensleute der bisherige Abgeordnete des Kreises, Genosse M e h g e r, für die kommende Reichstagswahl wiederum als Kandidat aufgestellt.

Als Delegirter zum Parteitag in Hamburg wurde für den Reichstags-Wahlkreis Calbe-Aischersleben der Parteigenosse Greiner, als dessen Ersatzmann Trautewein gewählt.

Für den Regierungsbezirk Merseburg beschloß die bereits erwähnte Konferenz zu Halle die Errichtung eines Zentral-Wahlkomitees, das seinen Sitz in Halle hat. Ferner wurde das „Vollblatt für Halle“ als Parteiorgan des Regierungsbezirks anerkannt, ausgenommen den Kreis Sangerhausen-Gerhartsberega, der zum Bereiche der Thüringer Tribüne“ gehört.

Von der Agitation. Ergen 190 Parteigenossen aus Düsseldorf verbreiteten am vorvergangenen Sonntag in ca. 25 Orten des Wahlkreises Neuh. Grevenbroich annähernd 10 000 Flugblätter und Proschüren.

Polizeiliches, Gerichtliches etc. — Die wegen angeblicher Majestätsbeleidigung erfolgte Beschlagnahme der Nr. 201 der Magdeburger „Volkstimme“ ist wieder aufgehoben. Die konfiskirt gewesenen Exemplare sind der Expedition bereits zurückgegeben worden. Wiso die Behörde in der betreffenden Stelle überhaupt eine Majestätsbeleidigung erblicken konnte, ist uns thatsächlich unbegreiflich. Die Notiz war lediglich eine Todsünde wider den guten Geschmack, was wir im Interesse des publizistischen Ansehens unserer Partei leider feststellen müssen.

Reichstags-Abgeordneter Wilhelm Schmidt in Frankfurt a. M. sollte als Redakteur der „Volkstimme“ durch Veröffentlichung einer Notiz über den Tod eines Soldaten eine Hauptmannsbeleidigung begangen haben. Das Landgericht erkannte jedoch auf Freisprechung, da die Notiz nichts Beleidigendes enthielt. — Auf eine polizeiliche Vorladung, die ihn ohne Angabe darüber, ob er als Beschuldigter oder als Zeuge fungiren sollte, während der Tagung des Reichstages zugegangen war, richtete Genosse Schmidt seinerzeit eine Anfrage an das Polizeipräsidium, die er, um die schroffe Fassung der Vorladung zu kritisiren, mit dem Worte „Nachladung“ überschrieben hatte. Die „Nachladung“ ist dann nebst einer satzastischen Einleitung in der „Volkstimme“ veröffentlicht worden. Dadurch fühlte sich der Polizeipräsident beleidigt. Das Landgericht erblickte in der „Nachladung“ eine Verhöhnung dieses Beamten und erkannte gegen Schmidt auf 100 M. Geldstrafe sowie auf die üblichen Nebenstrafen.

Um ein gegebenes Versprechen zu erfüllen, hatte in Rockwinkel bei Bremen ein Arbeiter beim Leichenbegängniß eines Parteigenossen einen Kranz mit rother Schleife mitgeführt, obwohl die Familie des Verstorbenen dies nicht wünschte. Dadurch sollte er sich des „groben Unfugs“ schuldig gemacht haben. Er erhielt vom Landherrennamte eine Strafverfügung über 5 M., aber bevor das Gericht, das er anrief, darüber entscheiden konnte, hob das Landherrenamt die Strafverfügung wieder auf.

Der Parteigenosse Schöpflin, Redakteur der „Volkstimme“ in Burgstädt i. S., hielt in Merxan in einer öffentlichen Textilarbeiter-Versammlung einen Vortrag über die Lage der Textilarbeiter. Als er dabei auf die dortige Kammermann-Spinnerei zu sprechen kam, entzog ihm der überwachende Beamte das Wort. Auf die erkaunte Frage nach der

Ursache erfolgte die Erklärung: „Ueber die Kammgarn-Spinnerei darf nicht gesprochen werden.“ Als ein anderer Redner die Kammgarn-Spinnerei erwähnte, wurde diesem ebenfalls das Wort entzogen. Dieser Redner durfte aber wenigstens in der Diskussion noch einmal sprechen, nur nicht über die Kammgarn-Spinnerei. Schöpflin durfte aber auch während der Diskussion nicht reden. Erst als er sich zur Geschäftsordnung und Wort meldete, konnte er wieder sprechen. Er forderte die Textilarbeiter zum Anschluß an die Organisation auf; als er hierbei sagte: „besonders die Arbeiter der Kammgarn-Spinnerei“ — wurde ihm flugs das Wort wieder entzogen und als Schöpflin dagegen protestierte, verfiel die Versammlung der Auflösung. Wegen das Verfahren des Beamten wird natürlich Beschwerde geführt. In der Kammgarn-Spinnerei hatten die Arbeiterinnen einige Tage vor der Versammlung eine Lohnforderung eingereicht; das scheint der „Grund“ zu sein, weshalb der Polizeibeamte über die Kammgarn-Spinnerei nicht sprechen lassen wollte.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Große Unkenntnis von der Gewerbe-Ordnung scheint bei der Firma Hefling jun. u. Eshausen, Maschinenbau-Anstalt, Blumenstraße 70, vorzuherrschen. Dort wurden am Sonnabend eine Anzahl Arbeiter entlassen wegen „angedrohten Streiks“. Dieser Vermerk ist auch einem jeden in das Abgangszugzeug geschrieben worden. Selbstverständlich werden die sämtlichen Betroffenen bei dem Gewerbe-gericht Klagen auf Ausfertigung eines anderen Zeugnisses.

Deutsches Reich.

Ergebnisse der Abstimmung im Verbands der deutschen Buchdrucker. Gau Leipzig. Frage 1: 1183 Ja, 589 Nein. Frage 2: 1110 Ja, 612 Nein. Gau Schlesien. Frage 1: 682 Ja, 119 Nein. Frage 2: 675 Ja, 128 Nein. — Gau Hamburg: Frage 1: 640 Ja, 171 Nein. Frage 2: 573 Ja, 283 Nein.

Die Fragen, worüber abgestimmt wird, lauten: 1. Halten Sie die auf Grund der Beschlüsse des Leipziger Pfingstkongresses entwickelte Thätigkeit der sogenannten Opposition gegen das Verbandsinteresse gerichtet? 2. Wünschen Sie, daß seitens des Verbandsleitung gegen die Verbandschädiger nach Absatz a und b im § 5 des Statuts vorgegangen wird?

Das Breslauer Gewerkschaftskartell hat sich in seiner Sitzung am 26. August mit der Agitation in den Gewerkschaften Breslauer beschäftigt. Es wurde bemerkt, daß die Gewerkschaftsbewegung noch sehr viel zu wünschen übrig lasse, denn bei einer Arbeiterbevölkerung von mehr als 72 000 Personen seien in 40 Gewerkschaften nur 3000 Arbeiter und Arbeiterinnen organisiert. Nach lebhafter Debatte wurde einstimmig beschlossen: Das Gewerkschaftskartell ist der Ansicht, daß die Agitation in den Gewerkschaften Breslauer unbedingt energischer noch als bisher zu betreiben ist, denn nur starke kampffähige Organisationen können ihre Aufgabe: Erringung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, erfüllen. — Der Vorstand des Kartells erhielt den Auftrag, die geeigneten Maßnahmen zu treffen. In dem letzten halben Jahre ist von dem Gewerkschaftskartell die Gründung von fünf neuen Organisationen beziehentlich Zahlstellen veranlaßt worden.

Die Fleischorbeiter Glasarbeiter ersuchen ihre Kollegen, den Zugang nach dort vorläufig fernzuhalten. Sie stehen in Unterhandlung mit der Direktion der Fleischorbeiter Glasfabrik um die Bewilligung eines Lohnzuschlags von 10 Pf. pro 100 Stück Flaschen. Ferner fordern sie Abschaffung des Lagerbruchs, Abschaffung des Auslorens. Die Direktion scheint die Verhandlungen in die Länge ziehen und mittlerweile von auswärts Arbeiter heranziehen zu wollen.

Der Streik auf dem Emailwerk von Thiel u. Söhne in Lübeck hat rund 56 888 M. gekostet. Eingegangen sind rund 57 047 M., davon 14 181 M. von auswärtig. Unter den Ausgaben befinden sich 1468 M. Gerichts- und Anwaltskosten.

Der Zimmerstreik in Dortmund ist am 27. August für beendet erklärt worden. Ueber zwei Zimmererplätze wurde die Sperre verhängt.

Zum Leipziger Mannevreis wird gemeldet, daß das Streikkomitee sich noch immer in Haft befindet. Ein Antrag auf Entlassung ist vom Landgericht abgelehnt worden und letzteres will noch mehr Delikte dem Streikkomitee zur Last legen. — Das Schöffengericht verurteilte das Mitglied des Streikkomitees, Maurer Hieronymus Orntb., weil er dem Maurer Leibniz, der sich erst zum Streik gedrängt und dann die Arbeit wieder aufgenommen hatte, als er ihn auf der Straße traf, die Worte zugerufen hatte: „Moritz, Du Stromer, wie kannst Du denn arbeiten, Du wärst werth, daß ich Dir ein paar in die Fresse haute! — zu vierzehn Tagen Gefängnis.“

Ausland.

Im Arbeiter-Konsumverein in Wien haben sämtliche Angestellte, 90 an der Zahl, die Arbeit eingestellt, weil ihre Forderungen, die sich übrigens nicht auf Lohnhöhe, sondern auf die übliche Verabfolgung von Naturalien beziehen, vom Vorstand nicht genügend berücksichtigt wurden. Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ beklagt diesen Vorfall; in derartigen Geschäften seien für die Arbeiter außer dem Streik gewiß noch andere gangbare Wege vorhanden, um zu ihrem Rechte zu gelangen. Andererseits tadelt sie das Verhalten des Vorstandes, durch dessen taktische Fehler es wahrscheinlich zu einer Einigung nun nicht mehr kommen wird.

Den Budapest Mannevre war durch ihre Vertreter in einer gemeinsamen Sitzung mit den Unternehmern von dem an den Verhandlungen theilnehmenden Gewerbe-Inspektor der Vorschlag gemacht worden, sie möchten zunächst die Arbeit sofort wieder aufnehmen. Dann wolle er in einer Eingabe an den Handelsminister die Ausdehnung des Wirkungsbereiches der Gewerbe-Inspektion auf die Bauindustrie befürworten. Es ist nicht zu verwundern, daß die Arbeiter auf dieses „Zugewandte“ sich nicht einlassen wollen, sondern beschloßen, den Streik bis auf weiteres fortzuführen.

Heute meldet der Telegraph von weiteren Zusammenstößen zwischen Streikenden und Streikbrechern, wobei 41 Mannevre verhaftet sein sollen. — In allen Budapest Fabriken und Werkstätten wurden am Sonnabend umfangreiche Sammlungen für die Streikenden veranstaltet.

Zu dem großen Konflikt der Metallarbeiter Dänemarks ist nun ein Vermittlungsversuch auf Grund von Verhandlungen der beiden Vorsitzenden des Arbeitgeber- und des Arbeitnehmer-Verbandes zu stande gekommen. Die Vorstände der vereinigten Fachvereine haben den Vermittlungsversuch angenommen, die Fabrikanten werden sich in den nächsten Tagen schlüssig machen. Die Streitigkeiten in Odense und Slagelse, welche die Ursachen bildeten für den gegenwärtigen Kampf, sollen durch ein Schiedsgericht entschieden werden.

Die Londoner Gewerkschaften hatten am gestrigen Sonntag im Hyde Park eine große Demonstration veranstaltet zu Gunsten des Kampfes der Maschinenbauer. Ueber den Verlauf der Demonstration ist näheres noch nicht bekannt; dagegen sind wir in der Lage den Text der Resolution wieder zu geben, die von 8 Plakaten herab zur Annahme empfohlen werden sollte: „Die Versammlung spricht ihr vollstes Einverständnis aus mit dem Vorgehen der Maschinenbauer und den mit diesen verbundenen Gewerkschaften, daß darauf gerichtet ist, den Achtstundentag, der bereits in den Regierungswerkstätten und in der Mehrzahl der Londoner Maschinenfabriken sich bewährt hat, zur Durchführung zu bringen. Sie erklärt ferner ihre wirksamste Sympathie mit den Arbeitgebern der Provinz, die von den Unternehmern, welche die Organisationen der Arbeiter zu vernichten suchen, ausgespart wurden, ohne daß Differenzen beständen. Alle Arbeiter des vereinigten Königreichs werden aufgefordert, den kämpfenden finanzielle und moralische Unterstützung zuzuwenden.“

Soziales.

In einem Steckbrief, den die Staatsanwaltschaft in Hagen im Amtsblatt der königlichen Regierung zu Köln veröffentlicht, heißt es von der verfolgten Person, einer Dienstmagd: „Besondere Kennzeichen: Eine Schramme an der rechten Nasenseite und Wache, freches, ihrem Beruf entsprechendes Äußere.“ So berichtet ein rheinisches Blatt.

Es ist noch in frischer Erinnerung, daß ein Staatsanwalt in einem Steckbrief erklärt, die verfolgte Person habe das Aussehen eines Schauspielers oder Zuhälters.

Die Justizministerien werden gut thun, die Staatsanwaltschaften anzuweisen, ihre Steckbriefe endlich in einem ordentlichen Deutsch abzufassen, damit kein Anlaß zu Mißverständnissen gegeben wird.

Gewerkschafts-Beitrag.

Eine Privatbeleidigungs-Klage des Schankwirths Schöning gegen den Schankwirth Lamprecht und den Tischler Ahrens wurde am Montag vor der Verfassungs-Strafkammer verhandelt. Die Angelegenheit, welche schon mehrfach Vereins- und Partei-Schiedsgerichte beschäftigt hat, ist folgende: Ahrens hat in einer Versammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Gast- und Schankwirths den Kläger Schöning beschuldigt, seinen Kollegen Lamprecht wegen Uebertretung der Polizeistunde denunziert zu haben. Ein darauffolgend von dem genannten Verein eingeleitetes Schiedsgericht entschied, daß die von Ahrens ausgesprochene Beschuldigung unwahr sei. In zwei Veröffentlichungen im „Vorwärts“ wandten sich Lamprecht, Ahrens und andere gegen den Spruch des Schiedsgerichts und hielten die Beschuldigung, Schöning habe Lamprecht denunziert, aufrecht. Wegen dieser Veröffentlichungen hat Schöning gegen Lamprecht und Ahrens wegen verleumderischer Beleidigung geklagt, das Schöffengericht hat aber die Angeklagten freigesprochen, da es den Wahrheitsbeweis für erbracht anah. Schöning hat gegen das Urtheil Berufung eingelegt. — Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme stellte sich die Verurteilung in allen Punkten auf den Standpunkt des Vorderrichters und verwarf die Berufung des Klägers.

Eine lärmende Szene wurde gestern vor der sechsten Ferien-Strafkammer durch den Architekten Rogge verursacht, der sich so ungerecht benahm, daß er zweimal in eine Angehörigstrafe genommen werden mußte. Der Angeklagte hatte das Unglück gehabt, wegen eines heftigen Auftritts mit einem Gerichtsbeamten zu Streitigkeiten verurteilt zu werden. Er bemühte sich nicht hierbei, sondern legte Berufung ein und verteidigte gestern sein vermeintliches Recht mit ungewöhnlichem Nachdruck. Der Vorsitzende hielt es für angebracht, ihn wiederholt zurecht zu weisen; als dies aber nicht half, der Angeklagte vielmehr in derselben herausfordernden Art seine Verteidigung weiter führte und gegen den Staatsanwalt sehr persönlich wurde, beschloß der Gerichtshof, dem Angeklagten wegen ungebührlichen Benehmens eine Ordnungstrafe von 100 M. aufzuerlegen. Aber auch diese Warnung hatte keinen Erfolg. Der Angeklagte wurde nun noch viel aufgeregter und als er wieder zur Ruhe verwiesen werden mußte, lehnte er sich mit lauter Stimme gegen den Gerichtshof auf: „Sie denken wohl, Sie können mich hier mundtot machen? Mit Ihren Ordnungstrafen erreichen Sie bei mir nichts! Der Deutsche fächelt Gott und sonst nichts in der Welt! Hier habe ich zu reden, dazu bin ich vorgeladen und der Vorsitzende hat zu schweigen, wenn ich rede. Das ganze Verfahren ist eine Kette von Rechtsverletzungen, die ich später öffentlich geißeln werde. Hier ist doch keine Urteilsfabrik, hier soll Recht gesprochen werden. Wenn Sie meinen, Sie können mich einschüchtern, dann irren Sie sich!“ Der Gerichtshof mußte sich nochmals zurückziehen, um weitere Maßnahmen zu beschließen. Die Zwischenzeit benutzte der Angeklagte, um in lauten Ansprachen an das Publikum seinem Unmuth Luft zu machen und jedermann aufzufordern, sich bei ihm als Zeugen zu melden, wenn ihm Böses widerfahren sollte. „Ich bin der Architekt Rogge und wohne Eynaustraße 2!“ Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten wegen erneuter Ungebühr zu einer sofort zu verbühenden Haftstrafe von 48 Stunden. Die Verhandlung wurde verlagert, und der Angeklagte wanderte in Arrest, rief aber beim Verlassen des Saales dem Gerichtshofe noch drohend zu: „Das soll den Herren schlecht bekommen!“

Eine kleine Szene aus „Berlin bei Nacht“ fand gestern ihr Nachspiel vor der hiesigen Ferien-Strafkammer des Landgerichts I. In der Nacht vom 15. Juni gegen 2 Uhr morgens hielt in der Lehnerstraße eine Droßke, welcher drei Insassen — ein Mann und zwei Frauenpersonen — entstiegen. Ein dort patrouillirender Schutzmann, der die Nachschwärmer im Auge behielt, glaubte wahrzunehmen, daß der Mann mit der einen Frauenperson in schamloser Weise sich gegen die öffentliche Ordnung verging, er eilte hinzu, in demselben Augenblick ließ aber die zweite Frauenperson, die auf dem Damme Wache hielt, einen warnenden Pfiff ertönen. Als der Schutzmann das Pärchen aufforderte, ihm zur Wache zu folgen, trat ihm das zweite Frauenzimmer lähm in den Weg und bedachte ihn mit einer unendlichen Kette von Schimpfwörtern. Auch sie mußte deshalb zur Wache folgen. Untermwegs raffte die noch immer Schimpfwörter plöblich die Röde zusammen und suchte zu entfliehen. Der sie verfolgende Schutzmann nahm wahr, daß das Frauenzimmer sehr große Schritte nahm und offenbar männliche Weinkleider trug; er bekam die flüchtige wieder in seine Gewalt und auf der Polizeiwache stellte sich heraus, daß die angebliche Frauenperson ein verkleideter Mann — der schon mehrfach vorbestrafte Koismit Franz Louis Meißner — war, der irgend welchen nützlichen Abenteuern nachgegangen war. Er wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilt.

Vor länger als 11 Jahren, im Februar 1886, erregte die Flucht des Kaufmanns Ernst Schreiber, welcher als Kassirer bei der Aktiengesellschaft „Berliner Kreditverein“ angestellt war, Aufsehen. Schreiber hatte den Baarbestand der ihm anvertrauten Kasse, etwa 6 bis 7000 M., mitgenommen. Er war nach England geflüchtet und von da nach Amerika gegangen. Im Juni d. J. entdeckte die Behörde, daß Schreiber zurückgekehrt war und sich in Frankfurt a. M. niedergelassen hatte. Er war in dem Glauben befangen gewesen, daß die von ihm begangene Straftat verjährt sei, dies erwies sich aber als ein Irrthum; der hinter ihm erlassene Steckbrief hatte noch Gültigkeit, Schreiber wurde verhaftet und nach Berlin gebracht. In völlig gebrochenem Zustande wurde er gestern der ersten Ferien-Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt. Der Vorsitzende Landgerichtsrath Haberstrof ermahnte den Angeklagten zu einem rückhaltlosen Geständnisse und unter Thränen kam der letztere der Mahnung nach. Er erzählte, daß man ihn damals förmlich dazu gedrängt habe, den mit 1500 M. dotirten Kassirerposten anzunehmen. Es sei ihm bekannt gewesen, daß das schwierige Abrechnungsweesen in einem großen Expeditionsgeschäft nie ohne Fehlbeträge zu bewerkstelligen sei und daß seine Vorgänger unter diesem Uebelstand gelitten hätten. Er habe den Posten annehmen müssen, da man ihm zu verstehen gegeben habe, er scheue sich wohl vor der nicht zu vermeidenden Mehrarbeit. Bei den Revisionen habe sich dem auch jedesmal ein Fehlbetrag herausgestellt, aber so geringfügiger Art, daß die Direktion kein Gewicht darauf gelegt habe. Im Februar 1886 sollte wiederum eine Revision stattfinden. Er habe bei einer oberflächlichen Durchsicht zu seinem Schrecken entdeckt, daß diesmal der Fehlbetrag gegen 2000 M. betrug. Nun habe er den Kopf verloren. Ohne daran zu denken, daß die Gesellschaft durch die von ihm hinterlegte Kautions gedeckt war, habe er alles baare Geld zusammengegrast und sei geflohen. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht darauf, daß der Schaden nachträglich von der Mutter des Angeklagten gedeckt worden ist, eine Gefängnisstrafe von drei Monaten. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Viebig, führte aus, daß nicht Diebstahl, sondern nur Unterschlagung vorliege, und in dieser Beziehung trat ihm der Gerichtshof bei. Es wurde aber für die Unterschlagung auf eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten erkannt.

Verfassungen.

Die Verwaltungsstelle des Verbandes der Transport- und Handelsarbeiter hielt am 23. d. M. eine für Hausdiener und Packer einberufene Versammlung ab. In der nächsten Generalversammlung soll eine Sektionsleitung für die Hausdiener und Packer gewählt werden. Nachdem verlas der Bevollmächtigte auf allgemeinen Wunsch den Beschluß der Generalkommission, welcher dahin geht, daß der Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter als vollberechtigt anzusehen sei und daß die Gründung desselben keineswegs wider die Halberstädter Beschlüsse gehe. Nachdem der Bevollmächtigte noch auf das am 4. September stattfindende Stiftungsfest aufmerksam gemacht, schloß derselbe die Versammlung.

Die Bäcker Berlins waren am 24. d. M. versammelt, um den Bericht vom sechsten deutschen Bäckerkongress entgegenzunehmen. Bericht erstattete der Delegirte Höpfer. An der darauffolgenden Diskussion, in welcher die Streitigkeiten zwischen Verband und Fachverein wieder mit Erörtert wurden, sprachen Basilien, Schlüter, Heschold im Sinne der Kongreßbeschlüsse, während Schneider (lokaler Richtung) sich gegen verschiedene Punkte derselben wandte. Die Versammlung nahm schließlich eine Resolution an, in welcher sie sich mit den Kongreßbeschlüssen voll und ganz einverstanden erklärte. Hierauf erstattete der Vertrauensmann Höpfer den Kasienbericht vom 1. Februar 1897 bis 1. Juli. Derselbe wies eine Einnahme von 268,89 M. und eine Ausgabe von 290,50 M. auf, bleibt somit Bestand von 88,89 M. Die Revisoren erklärten den Bericht für richtig befunden zu haben, worauf dem Kassirer einstimmig Decharge erteilt wurde. Höpfer beantragte die vorhandenen Streitigkeiten unter den Kollegen Berlins, weshalb auch die Bewegung halt vorwärts, rückwärts gegangen sei. Redner hofft, daß eine Einigung bald wieder zu stande kommen möge. Als Vertrauensmänner wurden einstimmig Schlüter und Höpfer wieder gewählt, zu Revisoren die Kollegen Lehmann und Merte. Der Bericht von der Gewerkschafts-Kommission konnte nicht gegeben werden, da der Delegirte nicht erschienen war. Der Vorsitzende gab dann noch bekannt, daß die regelmäßigen Mitgliederversammlungen des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands jeden zweiten Dienstag im Monat bei Köllig, Rosenhallerstr. 11/12 stattfinden.

Maurer. Eine Wanderversammlung für Monat der Zahlstelle II des Verbandes deutscher Maurer tagte am Sonntag, den 29. d. M. News hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag. An der Diskussion theilnahmen sich Mabe und Silber Schmid. Unter Gewerkschaftlichem wurde gerügt, daß die Kollegen auf einzelnen Punkten nicht richtig handelten, wenn sie Kollegen zurückwiesen, denen die letzten beiden Marken fehlten, trotzdem sie wußten, daß die betreffenden stets auf dem Posten wären. Außerdem wurden noch einige interne Angelegenheiten erledigt.

Der Verband der Textilarbeiter hielt am 29. August eine Mitgliederversammlung ab. Der angekündigte Vortrag des Herrn Damasko mußte wegen dessen Erkrankung bis zur nächsten Versammlung verlagert werden. In Erinnerung wurde gebracht, daß die Bibliothek des Vereins Sonntag von 10 bis 12 Uhr geöffnet ist. Angeregt wird, in Zukunft ein Streitreglement zu schaffen, um zu vermeiden, daß die Indifferenten immer nach Beendigung des Streiks der Organisation wieder den Rücken kehren.

Röpenitz. Der Sozialdemokratische Arbeiterverein für Röpenitz und Umgegend, der gegenwärtig 110 Mitglieder zählt, hielt am 16. d. M. seine Generalversammlung ab. Aus dem Bericht des Vorstandes ging u. a. hervor, daß der Verein ein reiches Arbeitsjahr hinter sich hat, denn außer seinen acht Vortragsabenden hielt er noch vier Beso- und Diskussionsabende ab. Genosse Noack, der als Kassirer thätig war, berichtete über die Kassenverhältnisse; er konnte mittheilen, daß ein Bestand von 102 M. 55 Pf. vorhanden ist. Dem Gesamtvorstand wurde Decharge erteilt. Folgende Genossen wurden in den neuen Vorstand gewählt: Hilliges als erster, Hein als zweiter Vorsitzender, Noack als Kassirer, Damske als Schriftführer und Mörser als Beisitzer. Als Revisoren wurden bestimmt die Genossen Beyer, C. Rademacher und Regel. Zum Schluß seiner Sitzung bewilligte der Verein einem kranken Genossen 10 Mark Unterstützung.

Rixdorf. Am 17. August d. J. tagte hier eine Versammlung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, in welcher Noyle einen Vortrag über: „Die Arbeiter-Kaufgenossenschaft“ hielt. In der Diskussion sprach Rosenbaum im Sinne des Referenten. Zu Punkt 2: Wahl von vier Beitragsauswählern, wurden G. Schindler, Schwiège, Saph und Lusch gewählt. Zu Punkt 3 gab der Bevollmächtigte bekannt, daß sich Hagen um Rechtschutz an ihn gewandt habe. Nach Anhörung des Sachverhalts wird demselben der Rechtschutz gewährt. Sodann wird noch bekannt gegeben, daß in Sachen des Klubs „Zufriedenheit“ am 6. Oktober d. J. Termin anberaumt ist.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Frankfurt a./O., 30. August. (W. Z. B.) Heute Mittag fand unter starker Theilnahme von allen von dem Wasserfacha den betroffenen Kreisen des Regierungsbezirks Frankfurt a./O. eine Versammlung statt, welche über Maßnahmen zur Linderung der Noth in Regierungsbezirk Frankfurt a./O. berathen wollte.

Wie aus dem Bericht der Deputirten sowie aus den Mittheilungen des Deputirten der königlichen Regierung hervorging, erweist sich der Schaden als ein ganz ungeheurer und übersteigt die schlimmsten Vorurtheile, er darf mit zehn Millionen oder zu niedrig als zu hoch veranschlagt sein. Erzellenz v. Revenow theilte mit, daß der Provinzialausschuß zur Herstellung der Deiche — es haben gegen 150 Deichbrüche stattgefunden — sowie der Brücken 500 000 M. bereits gestellt habe. Zur besseren Verbindung des Bezirkes mit dem Berliner Zentralkomitee zur Linderung der Noth in den Ueberschwemmungsgebieten wurde ein geschäftsführender Ausschuss gewählt. An Hilfgeldern sind bisher 24 000 M. eingegangen, von denen 18 000 M. bereits vertheilt sind.

Gratz, 30. August. (W. Z. B.) Gestern wurde Distriktmarkt von einem furchtbaren Wolkenbruch heimgesucht. Die Kulturen sind zum größten Theile verühtet.

Budapest, 30. August. (W. Z. B.) Vorgestern drang die Generalarmee in die rumänische, von dem bekannten Agitator Entocin gegründete Wahlfahrtskirche in Bucsay und vertrieb die anwesenden Gläubigen aus der Kirche. Bei dieser Gelegenheit soll es zu einem blutigen Zusammenstoß gekommen sein.

Budapest, 30. August. (W. Z. B.) Zwischen den streikenden und arbeitenden Maurern kam es zu Konflikten, wobei mehrere Maurer schwer verwundet wurden.

Leipzig, 30. August. (W. Z. B.) Das Schloß des Statthalters Fürst Sanguis in Podgorze ist von bisher noch nicht ermittelten Streichern geplündert worden. Die Kasse wurde geraubt, ferner fehlen viele werthvolle Waffen.

Paris, 30. August. (W. Z. B.) Gelegentlich der Eröffnungsfest einer neuen Eisenbahnlinie, der u. a. auch der Justizminister beiwohnte, führte in Croyonne ein Balken ein, auf dem 30 Personen plazirt waren. Zwanzig Personen erlitten Verletzungen.

Paris, 30. August. (W. Z. B.) Ein furchtbarer Jagdschlag ging gestern in Perpignan nieder. Der Materialschaden ist um so bedeutender, als jetzt gerade die Weinlese stattfindet.

London, 30. August. (W. Z. B.) Den „Times“ wird aus Wien und Rom telegraphirt, daß der Vorkriegs Lord Salisbury's, England, Frankreich und Rußland sollten die Kriegsschadigungs-Anleihe garantiren, gescheitert sei. Die französische Regierung sei nicht geneigt gewesen, eine so schwere Verantwortlichkeit ohne die Genehmigung der Kammer zu übernehmen. Uebrigens sei auch die hartnäckige Opposition Deutschlands an dem Scheitern schuld.

London, 30. August. (W. Z. B.) In Skibberen richtete gestern ein schwerer Unwetter großen Schaden an.

Petersburg, 30. August. (W. Z. B.) Aus Pultawa wird gemeldet, daß dort das Stadttheater bis auf den Grund niedergebrannt ist. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Internationale Kongress für Arbeiterschutz.

Zürich, den 28. August 1897. VIII.

Der Vorsitzende, Kantonsrath Scherrer, eröffnet die Verhandlungen gegen 9 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen die beiden letzten Punkte, mit denen sich der Kongress zu beschäftigen hat: Mittel und Wege zur Verwirklichung des Arbeiterschutzes und

Internationales Amt für Arbeiterschutz.

Das Referat über den ersten Punkt hält Nationalrath C. Decurtius-Turns. Er sagt etwa folgendes: In der modernen Kulturwelt vollzieht sich eine fortwährende Umgestaltung von nationalen Anschauungen und Rechtsansichten zu internationalen Anschauungen. Trotz aller Zoll- und Militärgrenzen nehmen alle Kulturvölker gemeinschaftlichen Antheil an den fortschreitenden Entdeckungen und dem sie begleitenden, wirtschaftlichen Fortschritte. Das Recht auf dem Gebiete des Handels und Verkehrs ist vielfach zu einem internationalen Rechte geworden. Soweit die Eisenbahn und das Dampfschiff geht, gilt ein in den großen Grundgesetzen einheitliches Transportrecht. Der Wechsel, ein Produkt des europäischen Handelsverkehrs, wird seinem Wesen nach in Japan und Australien von den gleichen Normen beherrscht wie in Deutschland, der Schweiz und Frankreich. In den Goldfeldern von Transvaal ist das Rechtsgelände der Aktien-Gesellschaft durch das Großkapital eingepflanzt und zur rechtlichen Geltung gebracht worden, wie von den neuen Eisenbahnlagen der Mongolei. Sogar der Krieg, der rechtslos, hat sich in die Schranken völkerrechtlicher Sätze bannen lassen. — Auch die Arbeit ist längst eine internationale Waare geworden, wie irgend ein kaufmännischer Artikel. Das ist ja das Zeichen des Großindustrialismus und Kapitalismus, daß er die Arbeiterwelt von der heimischen Scholle losgelöst und international gemacht hat. „Der Proletarier aller Länder“ ist nicht nur einer historischen Sprachwendung, sondern eine konkrete Tatsache. Die Bedingungen der Verwertung der Arbeitskraft werden vom internationalen Arbeitsmarkt aus geregelt. Die großen Kräfte und Ringe, die wahre Weltbeherrscher in ihren Händen vereinigen, die die ganze Kultur in die Tiefe zu ziehen drohen, sie schreiben den internationalen Arbeitnehmern die Löhne vor. Man spricht heute von einem internationalen Sachenrecht. Warum nicht von einem internationalen Menschenrecht? Ein internationales Arbeiterrecht muß geschaffen werden. Was können wir dazu thun? In erster Linie muß für den Gedanken eine lebhafte Agitation in Wort und Schrift entfaltet werden. Die öffentliche Meinung Europas ist eine gewaltige Macht, vor der sich auch die höchsten Personen beugen müssen. (Lebhafter Beifall.) Zweitens müssen die Arbeiterparteien in den verschiedenen Ländern in ihrem Programm ein internationales Arbeiterrecht fordern. Die Arbeiter der verschiedenen Richtungen sind stark genug, in den Parlamenten eine Majorität zusammenzuschweißen, wenn sie ihre Stimme jedem Kandidaten verweigern, der nicht für diese Forderungen eintritt. Drittens wäre es gut, wenn Sie von sich aus ein Komitee einsetzen wollten, das auf neutralem Boden steht. Das Komitee hätte die Literatur und die Fachschriften zu verfolgen und die Arbeiterführer und Agitatoren mit dem nötigen Material zu versehen. Es hätte das Ganze zu überwachen. Unter Leitung unseres vortrefflichen Vaters Grünlich könnten es die Führer der sozialistischen, evangelischen und katholischen Arbeiter mit Literatur versehen und ihnen Winke zur Agitation geben. (Bravo!) Welche Forderungen sollen wir nun für das internationale Arbeiterrecht zunächst aufstellen? Wir waren uns einig, daß wir uns auf einige wenige beschränken müßten. Nur bescheidene Forderungen haben Aussicht durchzudringen. Wenn wir auf dem Gebiet der Kinderarbeit, der Nachtarbeit, der Arbeit in gesundheitsgefährlichen Betrieben, der Frauenarbeit etwas international erreichen, so ist viel gewonnen, denn dann ist der Weg einmal betreten. Ohne Zweifel ist viel gethan, wenn wir die Kinderarbeit und Ausbeutung verhindern, wie sie am gräßlichsten in den Schwefelgruben Siziliens betrieben wird. (Lebhafter Beifall.) Die soziale Frage wird in Reich und Glied ausgefochten. Es ist auch das beste, praktische Christenthum, die Erfüllung des Wortes des Herrn: Liebe deinen Nächsten, wie dich selbst, wenn wir für den Arbeiterschutz eintreten. (Lebhafter Beifall.) Dieser soziale, christliche Zug, den auch die akademische Jugend befreit, muß international werden. Vor hundert Jahren sprach man zum ersten Male vom Menschenrecht. Heutzutage hört man bei unseren oberen Zehntausend gar nicht mehr davon. Als überzeugter Katholik und Christ erinnere ich daran, daß die alte christliche Idee nur eine ganze Christenheit, eine religiöse Kulturwelt kennt, ohne Klassenunterschiede. Marx hat den vierten Stand den Träger der Kultur genannt. Wir schauen zu den Arbeitern empor, als zu jenen, von denen eine neue, bessere Zeit kommt. (Stürmischer Beifall.) Was unserer Zeit droht, das ist jene Klust, an der das Alterthum zu Grunde gegangen ist, weil es die Interessen der Arbeit und die Interessen der Kultur nicht vereinigen konnte. Der tolle Genusstaumel wird die oberen Zehntausend bald an denselben Rand gebracht haben, wo die Antiken standen. Eine schöne Aufgabe der Christen und Menschen ist es, dafür zu sorgen, daß die Güter der Kultur allen Arbeitern, die sie erzeugen, zu Theil werden. (Stürmischer Beifall.) Das Referat über den zweiten Punkt — Gesuch an den Bundesrath — hält Theodor Curti, Regierungsrath in St. Gallen: Schon in der Instruktion, welche die schweizerischen Delegirten zur Arbeiterschutz-Konferenz in Berlin erhielten, war der Satz enthalten: „Für die Zentralisation der Auskunftsvertheilung, regelmäßige Veröffentlichung statistischer Angaben und die Beforgung von Vorarbeiten für Konferenzen ist ein besonderes Organ in Aussicht zu nehmen.“ Die Konferenz hat sich aber darauf beschränkt, eine Reihe von Wünschen über die Maximen auszusprechen, nach denen die Arbeiterschutz-Gesetzgebung in den einzelnen Staaten ausgebildet werden soll, ohne zu untersuchen, wie ein zwischen den Regierungen vermittelndes Organ im Sinne jener Instruktion beschaffen sein müßte. Sie empfahl nur, daß die Staaten sich gegenseitig von den Berichten über die Ausführung der Arbeiterschutz-Gesetze, von statistischen Erhebungen, welche periodisch vorzunehmen wären und von den auf den Arbeiterschutz bezüglichen gesetzgeberischen Akten und Verwaltungsmaßnahmen einander Kenntniß geben, sowie daß die gemeinsamen Beratungen wiederholt werden möchten. — Die Konferenz ist jedoch ein zweites Mal noch nicht einberufen worden und Schritte hierfür wurden erst getan, als die schweizerische Bundesversammlung dem Bundesrath im Juni 1895 den Auftrag erteilte, „die Verhandlungen bezüglich einer internationalen Regelung der Arbeiterschutzfragen wieder aufzunehmen.“ Es hatten sich nämlich die Kommissionen der beiden Räte mit einigen Fragen des Arbeiterschutzes zu beschäftigen, wozu ihnen besonders auch die Resolutionen, welche an den Ministern der Arbeitervereine gefaßt worden sind, Anlaß gaben. Das schweizerische Fabrikgesetz hat den erständigen Normalarbeitstag festgesetzt; statt desselben wurde an den Ministern bekanntlich die Einführung der Achtstundearbeit gefordert; in den Eingaben an die Räte indessen begnügte man sich, die Herabsetzung auf zehn Stunden zu verlangen. Die Kommission des Nationalrates glaubte nun aber auch dieses Begehren nicht unterstützen zu können; sie wies darauf hin, daß zahlreiche Industrien bereits eine Verringerung der Stundenzahl bis zu 9 und 8 Stunden vorgenommen hätten, daß aber andere das gleiche Verfahren nicht einschlagen könnten, weil sie, sobald die Gesetzgebung ihre Arbeitszeit auf zehn Stunden beschränken wollte, nicht mehr mit dem Auslande zu konkurriren vermöchten. Wohl gab es Stimmen, welche

die Berechtigung des letzteren Einwandes anzweifeln; einstimmig aber waren die Kommissionsmitglieder verschiedener politischer Richtung darin, daß bei dem internationalen Zusammenhange der gesammten Produktion die Fabrikgesetzgebung eines einzelnen Landes keine durchaus autonome sei und sich nicht beliebig frei bewegen könne. Die Kommission stellte deshalb den Antrag, daß der schweizerische Bundesrath die Verhandlungen über eine internationale Regelung der Arbeiterschutzfragen wieder aufnehme, und in diesem Sinne beschließen National- und Ständerath. Ich habe nun öffentlich den Vorschlag gemacht, daß die künftige Arbeiterschutz-Konferenz der Staaten ein internationales Bureau für den Arbeiterschutz, ein Arbeiterschutzamt, einsetze. — Das ursprüngliche Postulat der internationalen Fabrikgesetzgebung konnte auf der Berliner Konferenz nicht erfüllt werden — es zielt zu hoch — während umgekehrt die Wünsche der Konferenz, die nicht verbindlich sind, wohl eine ethische Bedeutung besitzen, den Arbeiterschutz aber nicht ausreichend fördern. Dazuwischen liegt ein mittleres, das Arbeiterschutzamt, welches den Vorzug hätte, daß es sich sofort verwirklichen ließe und die Fortentwicklung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung ungemein begünstigen müßte. Ich vertheile unter der Thätigkeit eines solchen Amtes zunächst die Sammlung und Herausgabe aller auf den Arbeiterschutz sich beziehenden Gesetze und anderen wichtigen Publikationen durch eine Zentralstelle. Alle Texte müßten in englischer, französischer und deutscher Sprache mitgetheilt werden und darüber hinaus in ihrer Ursprache, wenn diese keine der drei genannten ist. Angenommen sollen werden alle Gesetze über Fabrikpolizei, insbesondere über den Schutz der Minderjährigen und Frauen; über die Sonntagsruhe sowohl der Fabrikarbeiter als der in Wirtschaften und Badengeschäften arbeitenden Personen beiderlei Geschlechts; über schützende Maßregeln für die in der Hausindustrie Beschäftigten; über die Arbeitszeit, Nacht- und Sonntagsruhe in den Staatswerken, Häfen und Verkehrsanstalten (Post, Eisenbahnen, Schifffahrt, Trambahnen, Fuhrhalten, Telegraph, Telefon) über die Pflichten in Fabriken, Gewerben und Verkehrsanstalten; über das Verhütungswesen; über Arbeiterwohnungen; über die Versicherung industrieller und ländlicher Arbeiter gegen Unfall, Krankheit, Invalidität, Alter, Arbeitslosigkeit und über den Arbeitsschutz. Um einen Kommentar zu den Gesetzen zu geben, müßte das Amt ferner die Vorkämpfer der Regierungen und Kammerdebatten resumiren, die Beratungen und Resolutionen über den Vorschlag dieser Gesetze sammeln, das Wesentliche aus den Berichten der Verwaltungen, der Fabrikinspektoren, der Arbeitsekretäre herausziehen und belangreiche Entscheidungen der Gerichte und Verwaltungsgerichtshöfe, die wichtige Interpretationen geben, zusammenstellen. Damit in Verbindung stünde die Pflege der Arbeiterschutzstatistik, der Sozialstatistik überhaupt. Eine weitere Aufgabe des Arbeiterschutz-Amtes wäre die Abfassung eines Jahresberichts über die ganze von Gesetzgebung und Verwaltung für die Fortbildung des Arbeiterschutzes entwickelte Thätigkeit. Diese Publikationen müßten allen Regierungen und Parlamenten, allen Fabrikinspektoren, Arbeitsekretären und statistischen Beamten zugestellt und in den Buchhandel gebracht werden. Weiter könnte das Amt praktisch als Auskunfts- und Vermittlungsstelle dienen. Wenn ein Staat etwa ein Gesetz erlassen wollte, so könnte ihm das Amt das vergleichende Material liefern. Schließlich hätte das Amt jedes Jahr oder alle zwei Jahre den Mittelpunkt eines Kongresses zu bilden, auf denen Delegirte, Amtspersonen und Parlamentarier ihre Ansichten und Erfahrungen über Arbeiterschutz mit einander austauschen könnten. Natürlich würden diese Kongresse diejenigen der Arbeitervertreter nicht überflüssig machen; sie sollen auch den sich periodisch erneuernden Zusammentritt der Staatenkonferenz ersetzen. Das wäre etwa die Arbeitsphase des internationalen Arbeiterschutz-Amtes. Die Kosten würden jährlich etwa 100 000 Fr. betragen, nicht viel, wenn mehrere Staaten zusammentreten. Als Ort können etwa Brüssel oder Zürich in Betracht. Die Samstagsfrage ist nur: werden die Staaten das Amt einrichten oder nicht? Die Anfrage des schweizerischen Industrieministeriums durch die Gesandten der Eigensozialisten an alle Regierungen (Juni 1896) ergab als Resultat: Ein Großstaat erklärte, daß er die Anregung beifällig aufnehme, ein kleiner ist geneigt, sich zu beteiligen (Österreich-Ungarn und Belgien), zwei verhalten sich eher wohlwollend als ablehnend zu dem Projekte (Deutschland und Italien). Vielleicht bringt dieser Kongress den Stein ins Rollen: — Der Arbeiterschutz ist der kategorische Imperativ des Zeitalters! Folgen wir seiner Stimme und wir werden die rechten Bausteine der Zeit sein! (Stürmischer Beifall.) Folgende Resolutionen liegen vor: „Zur Verwirklichung des vom Kongress geforderten Arbeiterschutzes sind nothwendig: 1. Eine einheitliche Gewerbe-Inspektion, die sich auf Groß- und Kleinindustrie, Bergwerke, das Gewerbe, die Hausindustrie, den Handel, Verkehr und die Landwirtschaft, soweit in dieser maschineller Betrieb stattfindet, erstreckt, deren Beamte mehr als bisher aus sachverständigen Kreisen, und deren Gehilfen und Gehilfinnen aus Arbeiter- und Angehörtenkreisen genommen werden. — die so zahlreich vorhanden sein sollen, daß sie jeden Betrieb mindestens einmal halbjährlich besichtigen können, — die mit dem Vollzugsrecht ausgestattet und unabhängig gestellt sind. Die Jahresberichte dieser Beamten und Beamtinnen sollen sofort nach Ablauf des Berichtsjahres amtlich veröffentlicht und zum Selbstkostenpreise an jedermann abgegeben werden. 2. Für die Landwirtschaft sollen besondere Inspektoren bestellt werden. 3. Zur Aufsicht über die Durchführung der Vorschriften, die Frauenarbeit betreffend, sind vom Staate zu bestellende Inspektoren anzustellen, die zum Theil aus den Kreisen der Arbeiterinnen zu wählen sind. 4. Vollig freies Koalitionsrecht für alle Arbeiter, Arbeiterinnen und Angehörten, insbesondere offizielle Anerkennung aller zur Kontrolle des Arbeiterschutzes von Arbeitern geschaffenen Kommissionen, Kammern, Sekretariate, sowie der Gewerkschaften und ihres Aufsichtrechtes. 5. Die Verletzung des Koalitionsrechtes ist strafbar. 6. Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes für die Wahlen in alle Vertretungskörper zur Sicherung des der Arbeiterklasse gebührenden Einflusses auf alle Parlamente. 7. Lebhaftere Agitation für den Arbeiterschutz durch die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen und Vorträge, Schriften, Presse, Versammlungen und vor allem in den Parlamenten. 8. Zur Förderung der nationalen und internationalen Arbeiterschutz-Gesetzgebung sind periodische internationale Kongresse zu veranstalten und sollen, soweit möglich, gleichlautende gesetzgeberische Vorschläge, nach vorausgegangener Verständigung unter den Vertretern des Arbeiterschutzes, in den verschiedenen Parlamenten gleichzeitig eingebracht werden. 9. Die internationale Arbeiterschutz-Gesetzgebung soll sich vorzüglich erstrecken auf die Aufstellung eines Altersminimums für die in den Fabriken beschäftigten Kinder und jungen Leute, auf das Verbot der Nachtarbeit für die in den Fabriken beschäftigten Frauen und jungen Leute, auf das Verbot der Frauenarbeit in den gesundheitsgefährlichen Industrien, das Verbot der Sonntagsarbeit, die Aufstellung eines allgemeinen Maximal-Arbeitstages. 10. Die Theilnehmer des Kongresses werden aufgefordert, in der Presse und in den Parlamenten die Regierungen zur Erreichung eines internationalen Arbeiterschutz-Amtes einzuladen. Als dessen Aufgaben werden in Aussicht genommen: a) Die Sammlung, Herausgabe und Mittheilung an die interessirten Kreise, sowie die Verbreitung durch den

Buchhandel aller auf den Arbeiterschutz sich beziehenden Gesetze und anderen wichtigen amtlichen Veröffentlichungen zugleich in englischer, französischer und deutscher Sprache und ferner in ihrer Muttersprache, wenn diese keine der drei genannten ist. b) Die internationale vergleichende Bearbeitung der Arbeiterschutzstatistik (oder Sozialstatistik überhaupt). c) Die Abfassung eines Jahresberichtes über die von den gesetzgebenden und Verwaltungsbehörden für die Fortbildung des Arbeiterschutzes entwickelte Thätigkeit. d) Die Ertheilung von Auskunfts- und die Mittheilung orientirender Literatur. e. Die Veranstaltung von Kongressen zur Berathung über den Fortgang der Arbeiterschutz-Gesetzgebung. 8. Der Kongress spricht den Wunsch aus, daß das internationale Arbeiterschutzamt errichtet werden soll, sobald drei Staaten sich hierzu bereit erklären. Für das Gesuch an den schweizerischen Bundesrath wird folgende Fassung vorgeschlagen: „Der internationale Kongress für Arbeiterschutz spricht seine Anerkennung aus für die wiederholten Bemühungen des schweizerischen Bundesraths um das Zustandekommen einer internationalen Arbeiterschutz-Gesetzgebung; er spricht den Wunsch aus, es möchten diese Bestrebungen mit allem Nachdruck in nächster Zeit wieder aufgenommen werden, und er ladet sein Bureau ein, diesen Wunsch dem schweizerischen Bundesrath in geeigneter Eingabe zur Kenntniß zu bringen.“ Die Diskussion wird eröffnet zunächst über Mittel und Wege zur Erreichung des internationalen Arbeiterschutzes. Oberlieutenant a. D. v. Egidy v. Potsdam bringt dem Kongress für Arbeiterschutz die Grüße des Friedenskongresses, der in der vorigen Woche in Hamburg getagt habe. Die Bestrebungen des Friedenskongresses seien mit den Bestrebungen für internationalen Arbeiterschutz eng verknüpft, denn jeder internationale Arbeiterschutz höre auf, wenn die Völker sich bekriegen. Frau Sonneval Paris spricht sich für die Einsetzung von Kommissionen, die vom hygienischen und schulmännlichen Standpunkt für den Schutz der Kinder eintreten sollen. Dr. Duarc-Frankfurt a. M. fordert den Kongress auf, in die Resolution noch einzufügen, daß gerade im Hinblick auf die Bewegung des formellen Rechts der Koalition der Arbeiter energisch die Arbeiter gefordert werden. Axelrod Zürich erklärt im Namen der russischen Delegirten, daß die Resolution die rechtlose Lage der russischen Arbeiter nicht genügend berücksichtigt habe. In Rußland hätten die Arbeiter noch kein formelles Koalitionsrecht, auch keine Pressfreiheit. Die russischen Delegirten hätten von der Stellung einer befondern Resolution Abstand genommen, er wolle aber hier die Wünsche der russischen Arbeiter mittheilen und die geplante Resolution verlesen. Die Resolution besagt: In Erwägung daß internationale Mittel und Wege zum Schutze der Arbeiter zur nothwendigen Voraussetzung, Koalitionsfreiheit, Vereins- und Versammlungsfreiheit und Pressfreiheit haben, in Erwägung, daß dieser gesetzlichen Vorden von der zarischen Gesetzgebung und Verwaltung den Arbeitern des größten Reiches Europas völlig entzogen ist, ferner in Erwägung, daß der Kapitalismus in Rußland reichende Fortschritte macht und zwar nicht zum geringsten Theile dank dem Zustrome europäischer Kapitalien und unter Mithilfe des Unternehmungsgeistes der europäischen Kapitalisten, wodurch mit naturgesetzlicher Nothwendigkeit der proletarische Klassenkampf erzeugt wird, ein Kampf, der unter dem stets wachsenden Einflusse der von der westeuropäischen Arbeiterbewegung getragenen Ideenbewegung nach den ihm adäquaten Formen ringt — erkläre der internationale Kongress für Arbeiterschutz im Interesse des internationalen Arbeiterschutzes und der gesammten Kulturentwicklung Europas es für dringend geboten, daß der kulturell wichtigsten und bei weitem mächtigsten sozialen Bewegung der Jetztzeit der Arbeiterbewegung im größten Staate Europas freie Bahnen einer gesetzmäßigen und friedlichen Entwicklung eröffnet werden, und fordert alle Arbeiterorganisationen und Arbeiterfreunde der zivilisirten Welt ohne Unterschied der Parteirichtung auf, mit allen Mitteln und mit aller Kraft im Sinne dieser Erkenntniß und dieser Resolution zu wirken. Außerdem giebt die russische Delegation folgende Erklärung zu Protokoll: „Es ist selbstverständlich, daß da, wo den Arbeitern die Mittel zur Vertheidigung ihrer Rechte, welche alle Kulturnationen ihnen einräumen, fehlen, sie nicht auf den Weg des Gesetzes verwiesen werden können.“ Die Generaldiskussion wird geschlossen, eine Spezialdiskussion findet nicht statt. Die Resolution wird unter Stimmenthaltung der Engländer einstimmig angenommen. Zur Resolution über das internationale Komitee und Arbeitsamt nimmt Sonneval a. M. das Wort. Er macht darauf aufmerksam, daß es einen viel größeren Eindruck machen würde, wenn die Aufforderung zur Bildung eines internationalen Arbeitsamtes von dem schweizerischen Bundesrath ausgehen würde, und stellt deshalb den Zusatzantrag: „den schweizerischen Bundesrath zu ersuchen, die Einladung zur Bildung des internationalen Arbeiterschutzes an die verschiedenen Regierungen zu richten.“ Vater Stojalowski (Galizien): Wir werden alle aus voller Ueberzeugung für das internationale Arbeiterschutzamt stimmen. Es soll unseren Arbeitern hier sozulegen die Krone aufsetzen und ihnen eine gewisse Fortdauer sichern. Wir haben auch zu dem internationalen Komitee, das hier gebildet werden soll, das größte Vertrauen. Die Behandlung der Fragen ist in größter Sachlichkeit und Objektivität erfolgt; das war das Nächstbeste, was für die Arbeiterschutz Sache geschehen konnte. Wir Christlich-Sozialen Galiziens kämpfen mit den Sozialdemokraten gegen den gemeinsamen Feind, den Mammon. Wir sind mit ihnen in den Prinzipien nicht einverstanden, finden uns aber als Freiheitsfreunde im Kampfe gegen das goldene Kalb zusammen und huldigen dem Worte: Die beiden großen Heerschaaren werden den Feind bestegen, wenn sie auch getrennt marschiren, aber vereint schlagen. (Beifall.) Der Antrag Sonnemann wird einstimmig angenommen. Weiter wird die Bildung eines internationalen Komitees, das auch weitere Arbeiterschutz-Kongresse einberufen hat, beschlossen. Das Komitee soll sich aus dem Organisationskomitee dieses Kongresses bilden und das Recht der Kooption haben. Ohne Diskussion einstimmig angenommen wird folgende schon in der Sektion angenommene Resolution Adler-Wien: „Der Kongress erklärt, daß das Bestreben, internationalen Arbeiterschutz zu erreichen, niemals ein Mittel der Verschleppung der Fortschritte im nationalen Arbeiterschutz werden darf. Er giebt vielmehr der Ueberzeugung Ausdruck, daß internationale Vereinbarungen um so leichter zu erreichen sein werden je mehr der Ausbau des Arbeiterschutzes in den einzelnen Ländern vorschreitet.“ Soldi Mailand begründet folgende von ihm und Berner-Korfer gestellte Resolution: „Der Kongress protestirt auf das Energischste gegen alle diejenigen Bestrebungen und Akte von Regierungen, die unter den verschiedensten Vorwänden darauf ausgehen, durch Auslösung bestehender oder Nichtigmachung neu zu gründender Arbeiterorganisationen einer wirksamen Arbeiterschutz-Gesetzgebung, die immer in erster Linie auf der Bewegungsfreiheit der Arbeiterschaft beruht, Schwierigkeiten in den Weg zu legen, er protestirt insbesondere dagegen, daß häufig solche Auslösungen und Verbote mit angeblicher Staatsgefährlichkeit begründet werden, er protestirt schließlich ausdrücklich gegen das Verbot der internationalen Verbindung der Arbeiter zur Wahrung der Arbeiterinteressen und verlangt die volle Freiheit der Person, der Presse und der Versammlung

zu dem Zwecke, jedem Arbeiter den Genuß seiner bürgerlichen Rechte zu verschaffen.

Auch dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Ein stimmig wird sodann beschlossen, daß alle Abgeordneten und Vertreter von Gemeinden die hier gefassten Beschlüsse in die Wirklichkeit zu überführen versuchen sollen. Die auf dem Kongress gefassten Beschlüsse und Resolutionen sollen den einzelnen Regierungen eingehend übergeben werden.

Damit sind die Arbeiten des Kongresses erledigt. Es erhält das Wort der

Abg. Dieblrecht: Eine große Anzahl von Parteigenossen aus den verschiedensten Nationen hat mich beauftragt, hier einige Worte zu sagen. Ich glaube aber, daß ich im Namen von allen hier Anwesenden sprechen darf. Ich habe dem Organisationskomitee, dem Bureau, den Referenten und den Uebersetzern für das Zustandekommen und die Leitung des Kongresses zu danken. Ein Urtheil über den Kongress zu fällen, ziemt mir nicht, das wird die öffentliche Meinung thun. Aber das kann ich sagen: der Kongress ist musterhaft verlaufen, wir haben fleißig und gut gearbeitet. Nicht zum wenigsten danken wir der trefflichen Leitung und der vorzüglichen Vorbereitung des Kongresses. Auf unserer Seite, wie auf der anderen, sind alle Gefährlichkeiten vermieden worden, man ist mit dem Bewußtsein hingekommen, daß der Arbeiterschuß doch ein Gebot ist, wo die verschiedenen Parteien, mögen sie sich im politischen Leben noch so sehr bekämpfen, ein Stück zusammenarbeiten können. Zunächst hat, wie das natürlich ist, wohl auf beiden Seiten ein gewisses Mißtrauen geherrscht. Es war nicht berechtigt. Ueber dem Kongress schwebte sozusagen, um einen mittelalterlichen Ausdruck zu gebrauchen, so eine Art Gottesfriede. (Beifall.) Die Waffen ruhten für eine Zeit lang. Noch einen Dank habe ich auszusprechen. Allen Schweizer Freunden sei Dank dafür, daß sie uns den Aufenthalt in Zürich so angenehm gemacht haben. Wir alle scheiden von der Schweiz mit vermehrter Liebe zu ihr, die durch ihre freirechtlichen Institutionen die Nationalitätenfrage gelöst hat, an welcher andere Länder unterzugehen drohen. Die Schweiz ist uns ein Vorbild im Kleinen des großen Zukunftsstaates, der nicht eine fata Morgana ist, sondern sich auf Erden verwirklichen läßt durch die Verbrüderung aller Völker auf der Grundlage der Freiheit und Gerechtigkeit. (Einstimmiger begeistert Beifall.)

Decurtius: Am Schlusse des Kongresses erlaube ich mir einen kurzen Rückblick. Unser Kongress ist einzig in der Geschichte der modernen Arbeiterbewegung, denn er vereinigte zum ersten Male die Vertreter aller bedeutenden Nationen. In dem Bunde, wo Sie lagen, haben die verschiedenen Arbeiterparteien und ihre Vertreter seit mehr als einem Jahrzehnt gemeinsam beraten und gekämpft. Das aber ein ähnliches, internationales Zusammengehen beim ersten Versuche einen so glücklichen Erfolg hätte, wie auf unserm Kongress, hat wohl niemand zu hoffen gewagt. Nein, der Kongress hat unsere kühnsten Erwartungen übertroffen! (Bravo!) Wenn wir die Ruhe und Objektivität, mit der die Diskussion von Männern so verschiedener Anschauungen geführt wurde, mit den Verhandlungen in unseren Parlamenten zusammenhalten, so fällt der Vergleich für wahr nicht zu Ungunsten der Arbeiter aus. (Bravo!) — Haben wir uns auch nicht über alle Fragen geeinigt, so haben wir doch bei allen Besprechungen die gegenseitige Meinung achten und verstehen gelernt. — Es war ein feierlicher Augenblick, als ein Vertreter der äußersten Linken unseres Arbeiterparlamentes erklärte, man möge unter der Fahne des kommunistischen Manifestes oder der Encyklika „Rerum novarum“ in den Kampf ziehen, die nächsten Ziele blieben für lange Zeit doch dieselben! (Bravo!) — Der Arbeiterschuß auf nationalem und internationalem Boden war der Verhandlungsgegenstand unseres Kongresses. Mancher fruchtbare Anregung hat die Debatte ergeben. Bei aller Anerkennung der großen Bedeutung der staatlichen Arbeiterschutzes-Gesetzgebung, verlangten die Vertreter aller Parteien die volle Freiheit der auf dem Boden des Gesetzes stehenden Arbeiterbewegung, indem sie mit recht in den Organisationen das beste Mittel sehen, die Arbeit zu schützen. Nur im Sonnenlichte der Freiheit kann die Arbeiterschutzes-Gesetzgebung zum Baume werden, unter dem die Arbeiter aller Nationen sich sammeln. (Bravo!) Es wäre aber ein Verstoß, zu glauben, die Arbeiterschutzes-Gesetzgebung wäre das Endziel unserer Bestrebungen; nein, sie ist auch nur Mittel, um jenen Tag herbeizuführen, wo das letzte Sklavenmal von der Arbeit fällt, wo das Wort zur Wahrheit wird: Die Arbeit ist es, die abelt! (Stürmischer Beifall.)

Hieraus hält **Präsident Scherrer** die Schlussansprache. Mit großer Ausdauer haben Sie an den Verhandlungen Theilgenommen. Ich spreche Ihnen dafür meinen Dank aus. Sind die Beschlüsse auch nicht alle einstimmig gefaßt, so steht doch eine starke, aus den verschiedensten sozialen Richtungen gebildete Mehrheit hinter ihnen. Und auch die Minderheit hat diese Beschlüsse nicht direkt verworfen, nicht grundförmlich bekämpft, sie ist nur aus durchaus achtungswerthen Gründen nicht so weit gegangen, wie die Mehrheit. In der Grundforderung eines wirksamen Arbeiterschutzes sind wir alle einig. Das die Fortentwicklung des nationalen Arbeiterschutzes zum internationalen ein absolutes Bedürfnis ist, haben wir alle anerkannt. Aufgabe späterer Kongresse wird es nun sein, positive internationale Vereinbarungen zunächst für einzelne Industriezweige anzustreben. Niemand ist hier in seinen Gefühlen verletzt worden und das eine oder andere kräftigere Wort wird gewiß niemand übel genommen haben. Gut, daß wir uns offen und frei ausgesprochen haben. Wir haben uns verstanden und achten gelernt und werden uns in Zukunft noch besser verstehen lernen. Wir werden hoffentlich alle zum zweiten Kongress für internationale Arbeiterschutzes wieder erscheinen und viele Fremde der Arbeitersache mitbringen. Mit diesen Worten erkläre ich den Kongress für geschlossen.

Für die Opfer der Hochwasser-Katastrophen

sind uns ferner die folgenden Beiträge zugegangen:

Vom Vorstand der Orts-Krankenkasse der Schuhmacher 6.—, Hilfsarbeiter der Druckeri M. Bading 10.—, Von den Tischlern der Siebert'schen Werkstatt, Mantelstraße, 280. Schneider in Sabaden 1.—, Von d. Silberarbeiter d. Firmengraben Moskau, Marktstr. 50 10.—, Vom Fabrikfonds der Filzschuhfabrik von Silberstein 5.—, Personal Ederich u. Bauer, Buchbinderei 24.—, Personal und Chef der Firma G. Veltge, Sebachstraße 73 15,75. Kollegen der Tischlerei Danke u. Raber, Weberstr. 52 10,45. Summa 85.—
Bereits quittiert 2562,24. Gesamtsumme 2647,24.
Weitere Beiträge nimmt unsere Expedition entgegen.

Lokales.

Die Parteigenossen des dritten Wahlkreises werden auf die heute Abend in Prochnow's Salon stattfindende Volksversammlung aufmerksam gemacht. In derselben wird Genosse **Vorherr** über **Ferdinand Lassalle** und seine Bedeutung für die Arbeiterbewegung sprechen.

Das Zentralkomitee für die Ueberschwemmten hielt gestern unter Vorsitz des Polizeipräsidenten v. Windheim eine Sitzung ab, in welcher derselbe zunächst konstatierte, daß bis heute Vormittag bei der Hauptströmungskasse an Gaben 793 174 M. eingegangen seien. Daraus erstatteten die in den Ueberschwemmungsgebieten entsandt gewesenen Delegirten Bericht und konstatierten übereinstimmend, daß **nirgend** zur Zeit ein augenblicklicher dringender Nothstand bestesse (M a n u!) und wo ein solcher bestanden hat, von den betreffenden Lokalkomitees u. behoben worden ist. Dies ließe jedoch nicht darauf schließen, daß ein großer Nothstand überhaupt nicht vorhanden sei, vielmehr würde derselbe sich im bevorstehenden Winter und Frühling in sichtbar, starker Weise geltend machen, der ganz außerordentliche Mittel erforderlich machen würde. Sodann bewilligte das Komitee die vom Neunerausschuß beantragte Summe, die wir bereits mitgetheilt haben, und außerdem noch 100 000 M. zur Disposition des

Ausschusses, um eintretendenfalls sofort helfend einzugreifen. Auf Antrag des Bürgermeisters **Korschner** wurde mit Rücksicht auf eine diesbezügliche Petition aus **Wirsbendorf** im Anpahal in Böhmen und mit Rücksicht darauf, daß Wirsbendorf eine reine deutsche Bevölkerung hat, nach Prüfung der Verhältnisse auch dort eventuell helfend einzugreifen, obwohl die betreffende Ortschaft außerhalb der deutschen Grenzen liege. Oekonomischer Rath **Greb** nahm Veranlassung, für die Hochherzigkeit, welche die Stadt Berlin bei dieser Gelegenheit gezeigt, in warmen Worten den Dank für ganz Deutschland auszusprechen. — So der Bericht aus dem Rathhause, der denn doch etwas sehr rosenfarben gemalt zu sein scheint.

Gegen das Pilsener Bier wird gegenwärtig Krieg geführt. In Böhmen sind vor kurzem die Deutschen wieder, fromm und stark von geschicklichen Gummischlauchbitteln niedergestümpelt worden. Diese Gemeinheit hat in Preußen und Sachsen, alioo prügeln Polizisten bemächtigt eine ganz unbelante Erscheinung sind, böses Blut erregt — vor allem in antisemitischen Redaktionen. Das Geschrei nach Rache würde möglicherweise zu ernsthaften Verwicklungen geführt haben, wenn, dank dem Dreibund, der Deutschenpräger Baden nebst seinem kaiserlichen Herrn nicht zufällig mit Deutschland durch die Bande ganz besonders inniger Freundschaft verbunden gewesen wäre. Da dem kein Blut fließen konnte, beschloß man, zum wenigsten seinen Groll an den Sorten **Pilsener Bier** auszulassen, die der Sage nach von Czechen gebraut werden: Das Bürgerliche Brauhaus wurde **bojkottirt**. Der Kampf verlief vorab insoweit recht befriedigend für die tapferen, nationalgesinnten Blätter, als das Bürgerliche Brauhaus in Pilsen mächtige **Kanonnen** bei ihnen einziehen ließ, in der Direktion und Ausschluß männiglich ihre Unparteilichkeit im gegenwärtigen Kampfe zu betheuern. Diesen ionischen Zustand schildert die „Wiener Arbeiterzeitung“ in einer vortrefflichen Skizze: Es ging eines Tages ein germanischer Jüngling in der Nähe des Bürgerlichen Brauhauses in Pilsen spazieren, und er hörte, wie zwei Wälzer sich gegenseitig bei einer in dem verhassten tschechischen Idiom geführten Unterhaltung als „**Waclaw**“ und „**Honza**“ anredeten. Wohlgerührt: **Waclaw** und **Honza** — und nicht **Willeh** und **Hannes!** Darob erzürnte der Jüngling in seiner zottigen Brust und schwur bei seinem germanischen Kamisol, fortan keinen Tropfen echtes Pilsener Bier trinken zu wollen. Und von Mund zu Mund ging das Gerücht: Wir Deutschen fürchten den russischen Jar und sonst nichts auf der Welt! Wir werden, wenn es also bestimmt ist, den Krieg nach zwei Fronten hin führen: gegen die Prager Schinken und gegen das Bier aus dem Pilsener Bürgerlichen Brauhause. Eher soll uns die germanische Junge an den Gaumen anwachsen, bis wir uns berauschen an dem Saft, den ein **Waclaw** und ein **Honza** bereiten helfen! — Eitles, kindisches Unterfangen! Fünzig Jahre fließt die ruberische Pilsener Bierquelle, 250 Pilsener „**Patrizier**“ sitzen, indes ein Heer von Arbeitern für sie rodet, an dieser Quelle und säckeln mit unendlicher Grazie die Hunderttausende, die Millionen ein, die ihnen Abgaben aller Völker und Zonen als Tribut bringen, um aus der Quelle schöpfen zu dürfen! Und diese Großmacht vertrauen sich ein paar Germanen zu stützen? Und die Herren fühlen sich wirklich stark genug, daß sie sich in Zukunft mit **Milobadow** und **Spatenbräu** am Leben erhalten wollen? Das muß denn doch abgewartet werden. Gar zu tragisch nimmt das glorreiche Brauhaus, das 250 Pilsener Bürgern gehört und diese und ihre Familien mit allen Gütern der Erde versorgt, den Besokott mit nichten. Aber ein Manifest erlassen immerhin die edlen Patrizier, worin sie erklären, ihre Liebe und ihr Bier ströme frei und ungehindert der ganzen Welt, allen Völkern und allen Rassen — ohne Unterschied der Weltwahrung. Und damit der gerechte Sinn der Patrizier in bestlitem Lichte erstrahle, wird angeführt, wie viel **Kugule**, **Leberochte**, **Wilhelme**, **Gottfriede**, **Hermanne** u. unter dem Arbeitspersonal den **Wenzeln**, **Borjooj**, **Sonopluf**, **Wecissaw** u. entgegenstehen. Doch, wie gesagt, das geschieht mit einer milden Ueberlegenheit, in der Art etwa, wie man trostige Kinder beschwichtigt.

Die **Große Berliner Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft** beabsichtigt eine Bahnverkehrs-Verbindung zwischen der **Schönhauser Allee** und **Prenzlauer Allee** im Zuge der **Danzigerstraße** herzustellen. Demnach soll die Linie **Vollendungsplatz—Kastanien-Allee** durch die **Danzigerstraße** bis zur **Prenzlauer Allee** weiter geführt werden. Unter Ueberreichung des bezüglichen Projekts hat die Gesellschaft neuerdings beim Magistrat die Genehmigung zur vorgedachten Bahnverbindung nachgesucht.

Alle, welche daran interessiert sind, daß dem Volke die Religion „erhalten“ werde, haben gewiß ihre innige Freude an folgendem. Unter dem Protektorat Seiner Hoheit des **Herzogs Ernst Günther von Schleswig-Holstein** findet, wie lang und breit im „**Kleinen Journal**“ des christlichen Herrn Dr. **Leipziger** mitgetheilt wird, am **Sedantage** ein Gartenfest im **Sportpark Friedenau** statt, dessen Ertrag den **Ueberschwemmten** zu gute kommen soll. Zur Ausführung kommt: „**Der geschundene Raubritter** oder: **Kuno, Ritter von Cohnstein** oder:

Wenn auch der **Vössel** Schlängeltüde
Die Unschuld oft erzittern macht,
Doch es lebt noch ein Gott
Und eine **Vorsehung** wacht.“

Es ist sicher darauf zu rechnen, daß alle, die das Fest besuchen, fromme Christen sind, die in ihrer Rechtschaffenheit schon einen kleinen Ull vertragen können, ohne an ihrer Seele Schaden zu nehmen. Das geht schon daraus hervor, daß der christliche Chefredakteur in anbetrachtes des guten Zweckes nicht im mindesten an dem **Cohnstein** in Kostlos nimmt, der dem Göt in den so leicht betretenen jüdischen Kreisen gewiß als **Antisemitismus** nachgetragen wird. So werden dem „**Reichsbote**“, „**Kreuz-Zeitung**“ und „**Volk**“ ebenfalls Toleranz üben, und sich auch nicht an dem kleinen Scherz stoßen, der auf der so respektabel protegirten Festlichkeit mit dem Götte getrieben wird, dessen Name belanlichlich nicht mißbraucht werden soll.

Das **Wenden** zu **Mad**. Mit der ungeheuren Ausdehnung des **Radsfahrens** hat die Ausbildung der dasselbe Betreibenden nicht Schritt gehalten; die durchschnittliche Fahrweise ist vielmehr ganz wesentlich gegen frühere Jahre zurückgegangen. Man sieht dies sehr deutlich bei manchen an sich sehr einfachen Sachen, zum Beispiel auch bei dem Anwenden. Der englische Tourenfahrer und Sport-Schriftsteller **Widlake** äußert sich hierüber folgendermaßen: 90 pCt. aller Radsfahrer steigen ab, wenn sie eine volle Umdrehung auf einer Straße zu machen haben; 9 pCt. klumpen an der Wendung herum, und nur 1 pCt. vollführt die höchst einfache Drehung ganz korrekt. Die Radsfahrer sind so sehr daran gewöhnt, nur Wendungen im rechten Winkel auszuführen, daß sie nicht im Stande sind, die Wendung noch weiter fortzusetzen und daher umklippen. Und doch ist die Wendung sehr leicht ausführbar. Das ganze Geheimniß ist dies: Halte das **Vorderrad** doppelt so lange zur Seite gewendet, als Du es bei rechtwinkligen Wendungen, d. h. wenn Du um eine Straßenecke fährst, zu thun pflegst. Natürlich muß das Tempo sehr langsam sein, da sonst die Drehung nicht gelingt. Die Breite der Straße muß berücksichtigt und es muß so scharf gewendet werden, daß mindestens die Hälfte der Wendung vollzogen ist, wenn man sich auf der Mitte der Straße befindet. Dann darf man auch nicht vergessen, die Pedale in regelmäßigem Gang zu erhalten. Oftmals mißlingt einem Fahrer die Wendung nur, weil er — ganz von der Steuerung der Maschine in Anspruch genommen — veräumt hat, dieselbe anzutreiben! Da eine volle Wendung (d. h. nach turnerischen Begriffen eine halbe Wendung, d. i. „**Rehrt**“) nach Durchschnittsfragen an der Seite beginnen muß, so ist ziemlich Antriebskraft nötig, um die Maschine auf die Höhe der Straße zu bringen. — Wer von unseren Lesungen die hier gegebenen Punkte beachtet, wird sich mit dem **Wenden** bald abgefunden haben.

Monarchenreisen im Interesse des Volkes. Bei einem Diner, das zu Ehren des Königs von Siam stattfand, hat der deutsche Kaiser, wie hiesige Blätter berichten, seinem Gast zu allen den Reisen, die er im Interesse seines Volkes unternahm, Glück und Gedeihen gewünscht.

Das Gerücht von einem **Dampferunglück** auf der **Oberspree** verbreitete sich am gestrigen Spätabend in Berlin. Der der Krahn-

gesellschaft gehörige Dampfer „**Germania**“ befand sich gestern Abend gegen 1/10 Uhr mit etwa 400 Passagieren, Mitgliedern der Preussischen Volkshöhe, die er von **Hessentwiel** geholt, in der Nähe von **Weymannshain**, als plötzlich dicht vor **Wadwood** die Signalküster eines Stromaufwärts fahrenden **Sturmdampfers** sichtbar wurden. Die Kapitane beider Fahrzeuge ließen zwar sofort **Kontrebampf** geben, doch konnte der Zusammenstoß nicht mehr verhindert werden. Der Anprall war ziemlich heftig, doch wurde glücklicherweise niemand verletzt. Die beiden Dampfschiffe, die nur leichte Beschädigungen erlitten, konnten ihre Fahrt fortsetzen.

Sehr bedenklich ist das fortgesetzte Verschwinden solcher Fleischtheile auf dem **städtischen Schlachthofe**, welche von Seiten der Behörde als gesundheitsgefährlich und zur menschlichen Nahrung ungeeignet der Vernichtung überwiesen worden waren. Es hat sich herausgestellt, daß nicht nur Fleisch und Fett, sondern selbst die **Wursthäute** kranker Thiere in den Handel gebracht und dem Publikum ausgeführt wurden. Zur Ergreifung der Thiere und deren Fehler, die man unter den zahlreichen **Winkelschlächtern** der Vororte vermutet, sind Maßnahmen getroffen worden, die es erlassen lassen, daß es endlich gelingt, diesem gemeingefährlichen Treiben ein Ende zu machen.

Zur **Mordthat in der Königgräberstraße**. Wie das **Polizei-**präsidium mittheilt, ist die Spur des sächlichen und frechbriefflich verfolgten **Goenzy'schen** Eheleuts bis **Hameln** verfolgt worden. Sie sind am 10. d. M. früh um 6 Uhr von **Frankfurt a. O.** über **Köln** nach **Halle** und von dort mit dem um 1 Uhr 33 Minuten mittags abfahrenden **Schnellzuge** nach **Hildesheim** weitergefahren. In **Halle** wollten sie **Fahrlarten** nach **Brüffel** lösen, erhielten diese aber nur bis **Hildesheim**, während ihr **Gepäck** bis **Brüffel** besördert wurde. In **Hameln** haben sie um 6 Uhr 57 Minuten den Zug verlassen und sind wahrscheinlich in der **Nichtung über Altenbecken** und **Soest** nach **Köln** gefahren. Den weißen **Spitzhund** hatten sie bei sich.

Angesichts der in letzter Zeit sich in Berlin in bedauerlicher Weise häufenden **Kapitalverbrechen**, erscheint es von Interesse, ein Urtheil wiederzugeben, welches vor einiger Zeit ein höherer Polizeibeamter über **Organisation** und **Leistungsfähigkeit** unserer **Kriminalpolizei** fällt. Die zahlreichen **Mißerfolge** derselben, so führte der **Fachmann** in einer **Gesellschaft** aus, „**find nicht auf die bei uns eingeführte Organisation** der **Kriminalpolizei** zurückzuführen, sondern einzig und allein auf das **System**, nach welchem wir unser Personal nur dem **Militär- a u w ä r t e r s t a n d e** entnehmen dürfen. Die **Londoner**, die **Pariser**, die **New-Yorker** **Sicherheitspolizei** rekrutirt sich nur aus **Leuten**, die aus **Neigung** sich diesem Berufe widmen, die **Zahl** der sich zum **Dienst** anbietenden Personen ist so groß, daß sich die zuständige Behörde nach ihrem Ersehen diejenigen Leute aussuchen kann, welche sich vermöge ihrer **Eigenschaften** und **Fähigkeiten** für den mitunter ein großes Maß von **Scharfsinn** und **Geschicklichkeit** erfordernden **Posten** eines **Kriminal-Unterbeamten** eignen. Nach einer abzulegenden Probezeit erhalten diese Leute, falls sie sich als **verwendbar** erwiesen haben, **bedeutend** weitergehendere **Vollmachten** als unsere **Kriminalpolizei**, sind deshalb nicht in dem Maße an den **bureaucratischen** **Justizenzug** gebunden und können, was manchmal für die **Auflösung** eines **Verbrechens** von **großer** Wichtigkeit ist, **insolgedessen** viel **selbstständiger**, **rascher** handeln als unsere **Beamten**. Wir dürfen uns unsere **Unterbeamten** nicht nach **Wahrgabe** ihrer **Fähigkeiten** aussuchen, sondern wir müssen den uns **zugewiesenen** **Kommissär-Soldaten**, den **Militär-Anwärter** nehmen, **gleichviel** ob derselbe **geeignet** ist oder nicht! Die **Presse** glaubt mit ihren **Reformvorschlägen** die **Polizei**behörde zu **besehren**, wir wissen aber ganz **allein**, **worin** das **zeitweise** **Besagen** unserer **Kriminalpolizei** seine **Ursache** hat, **aber** wir **sind** **außer** **Hande** **Wandlung** **zu** **schaffen**.“

Der **Mord** liefert noch fortwährend **Gesprächsstoff**. Von den **Wunderlichkeiten** der **ermordeten „Gips-Schulzen“** weiß der eine noch diesen, der andere jenen **Zug** zu erzählen. Hier noch eine **bezeichnende** **Episode**. Vor mehreren Jahren wohnte im **Hause** der „**Gips-Schulzen**“ in der **Königgräberstraße** 95 im **ersten** **Stod** der **Schauspieler** **Josef** **Kainz**. Bald nach seinem **Einzug** nahm die **Hauswirthin** die **Treppenläufer** weg und **verschloß** die **Wassküche**. Auf seine **Vorstellungen** erhielt der **Miether** nur die **Antwort**, er wohne noch viel zu **kurzer** **Zeit** im **Hause**, als daß er schon ein **Anrecht** auf **Treppenläufer** und **Wassküche** hätte. Während des **Prozesses**, der sich um diese **Angelegenheit** entspann, **beglückte** **Kainz** der **Wirthin** einmal auf der **Treppe** und **benutzte** die **Gelegenheit**, ihr **wieder** **Vorkantungen** zu **machen**. Die „**Gips-Schulzen**“ **beharrte** auf ihrem **Standpunkte** und **wandte** **Kainz** mit dem **Abschiedsgruß**: „**Sie** **oller** **Fogennmacher!**“ den **Rücken**. Der **Schauspieler** gab das **Kompliment** mit einem „**ollen** **Böterweib**“ zurück.

Wie wir erfahren, wird sich auch die **Steuerbehörde** noch mit dem **Nachschuß** der „**Gips-Schulzen**“ zu **besseren** haben. Der **Klassen-**steuer-Betrag, den sie **jährlich** **entrichtete**, stelte sich auf **60 M.**, eine **Summe**, die **angesichts** des **nach** **Millionen** **zählenden** **Vermögens** der **Dame** **bedeutlich** **gering** **erscheinen** **muß**. Allerdings muß in **be-** **tracht** **gezogen** **werden**, daß die **unselbische** **Prozess**- und **Händelucht** der **Frau** **so** **wie** ihr **Grundsatz**, lieber die **Wohnungen** **leer** **stehen** **zu** **lassen**, als sie **billiger** zu **vermieten**, **und** **dazu** **beigetragen** **haben** **mag**, daß ihr **Einkommen** aus **den** **beträchtlichen** **Werthen** **geschmälert** **wurde**.

Durch **einen** **heimtückischen** **Ueberfall**, der **einem** **Kriminal-** **beamten** **galt**, ist **am** **Sonnabend** der **Pferdebahn** **Schaffner** **Hoffow** **schwer** **verletzt** **worden**. **H.**, der **am** **Sonnabend** **freigeblut** **und** **insolge** **dessen** **in** **die** **Jubil** **befand**, **begab** **sich** **gegen** **12** **Uhr** **abends** **nach** **dem** **in** **der** **Müllerstraße** **gelegenen** **Bahnhof** **der** **Großen** **Ber-** **liner** **Pferdebahn**, um **seinen** **Dienst** **für** **den** **folgenden** **Tag** **fest-** **zustellen**. **Als** **sich** **H.** **in** **der** **Nähe** **des** **Depots** **befand**, **wurde** **er** **pöthlich** **von** **4** **Strolchen** **überfallen** **und** **durch** **Schläge** **mit** **stumpfen** **Instrumenten** **zu** **Boden** **geschlagen**. **Mit** **Stiefelabsätzen** **und** **Schlag-** **ringen** **hieben** **die** **rohen** **Patrone** **auf** **den** **Werklosen** **ein**, **bis** **einer** **der** **Strolche** **durch** **den** **Auf** „**das** **ist** **er** **ja** **gar** **nicht!**“ **darauf** **auf-** **merksam** **machte**, **daß** **man** **sich** **geirrt** **habe**. **Ein** **durch** **die** **Ull-** **merke** **des** **Ueberfallenen** **aufmerksam** **gemachter** **Pferdebahnbeamter** **be-** **merkte** **noch** **die** **Fliehenden** **und** **erkannte** **einen** **derselben** **als** **einen** **19** **jährigen** **Burschen**, **namens** **Wolfschirt**. **Der** **am** **Sonnabend** **Fest-** **genommen**, **der** **auch** **seine** **Komplizen** **verließ**, **gestand** **ein**, **daß** **der** **Ueberfall** **einem** **Kriminalschurmann** **des** **57.** **Polizeireviers** **golgten** **hat**, **an** **den** **he** **sich** **wegen** **erlittener** **Freiheitsstrafe** **rächen** **wollten**. **Hoffow** **ist** **durch** **die** **Schläge** **der** **Burschen** **abel** **zugerichtet** **worden**.

Ein **Hochstapler** hat in der letzten Zeit **sehr** **verschiedene** **Wädelhändler** **im** **Norden** **der** **Stadt** **zum** **theil** **um** **erhebliche** **Summen** **geschädigt**. In den **Geschäften** stellte sich ein **Mann** als „**Dr. Schwarz**“ aus der **Elisabethstraße** 11a mit **seiner** **Brant**, einem **Fräulein** **Anna** **Weißbach**“ aus der **Chausseest. 39** vor, um eine **Wohnungseinrichtung** für die **bevorstehende** **Gründung** **eines** **eigenen** **Herdes** zu **kaufen**. Beide waren **elegant** **gekleidet** **und** **traten** **sicher** **auf**. „**Dr. Schwarz**“ wählte eine **Einrichtung** von **500** **bis** **600 M.**, zahlte **75** **bis** **100 M.** an **und** **schloß** **einen** **Vertrag** **aus**, wodurch er sich zu **monatlichen** **Abzahlungen** **verpflichtete**. Die **Zufassung** **verlangte** er **für** **den** **nächsten** **Tag** **nach** **einem** **näher** **bestimmten** **Orte**. **Sobald** **er** **dann** **in** **den** **Weg** **der** **Wädel** **gelaugt** **war**, **stand** **ihm** **ein** **Helfer** **bereit**, **he** **zu** **verschärfen**. **Einen** **Teil** **des** **ersten** **Erlöses** **legte** **er** **bei** **einem** **zweiten** **Händler** **an**, **dem** **ein** **„Schlepper“** **ihn** **zuführte**. **So** **hatte** **er** **schon** **seben** **Geschäfte** **geprellt**, **als** **endlich** **die** **Frau** **des** **Wädelhändlers** **M.** **aus** **der** **Elisabethstraße** **flücht** **wurde**. **Der** **Frau** **fiel** **es** **auf**, **daß** **der** **„Schlepper“**, **der** **sonst** **erst** **später** **wiederzukommen** **pflegt**, **um** **seinen** **Lohn** **für** **die** **Zuführung** **eines** **Kunden** **in** **Empfang** **zu** **nehmen**, **daher**, **um** **die** **Provision** **gleich** **zu** **bekommen**. **Man** **stellte** **nun** **Nachforschungen** **nach** **dem** **„Dr. Schwarz“** **und** **dem** **Fräulein** **Wädelhändler** **an** **und** **land**, **daß** **he** **in** **den** **von** **ihnen** **angegebenen** **Wohnungen** **nicht** **wohnten**. **Ein** **Haus** **Elisabethstraße** **11a** **gibt** **es** **gar** **nicht**, **und** **auf** **dem** **Grundstück** **Chausseest. 39** **stehen** **nur** **Fabrikgebäude**, **aber** **kein** **Wohnhaus**. **M.** **begegnete** **bei** **seiner** **Nach-** **forschungen** **einem** **Leidensgefährten**, **der** **seine** **Einrichtung** **schon** **ver-** **loren** **hatte** **und** **sich** **nun** **zu** **spät** **erkundigte**. **Der** **Hochstapler** **ist** **noch** **nicht** **ermittelt**.

Die Todesursache der an der Holzmarktstraße aus der Spree gezogenen Leiche eines Mannes hat durch die Obduktion nicht festgestellt werden können. Die vorgeschriebenen Verlesungen können nach dem Gutachten der Aerzte auch nach dem Tode verursacht worden sein.

Ein gefährliches Schandfeuer wüthete gestern Morgen auf dem Grundstück Wienerstraße Nr. 50. Auf demselben hat die Möbel-fabrik von Rüdowitz u. Regel ihre Werkstätten eingerichtet. In-folge einer unvorsichtigen Handlung beim Leinwand einstricken gegen 1/2 Uhr morgens ein Brand der Sägespäne, welcher sich mit Blitzschnelle über die ganze Etage ausdehnte. Bereits zehn Minuten später waren drei Löschzüge thätig, um dem gefährlichen Element seine Verbreitung in den oberen Etagen abzuschneiden. Nach zweistündiger energischer Arbeit konnte die Feuerwehr wieder abdrücken.

Von einem Hunde übel zugerichtet wurde am Sonntag Abend der Kaufmann Berthold aus der Säulowstraße. Derselbe fuhr mit einem Zweirade von Wilmersdorf nach Charlottenburg und wurde auf dem schlecht beleuchteten Wege in der Nähe des Kurfürstendamms von einem großen Hunde angefallen, der ihn nötigte, abzusteigen. Anfangs gelang es dem jungen Manne, sich des wüthenden Thieres durch Fußtritte zu erwehren, sobald er aber aufsteigen wollte, erhielt er von dem Hunde einen furchtbaren Biss in die Kniekehle, als er gleich darauf noch einmal in den Oberschenkel gebissen wurde, zog er seinen Revolver und tödtete das Thier durch zwei Schüsse. Ein des Weges per Droschke passendes Ehepaar brachte den Besessenen nach seiner Wohnung, wo er jetzt bedenklich krank darniederliegt. Der Besitzer des Hundes ist noch nicht ermittelt.

Nach Unterschlagung eines Geldbriefes mit 5000 M. ist der 30 Jahre alte Postassistent Franz Karl Wagner aus Wartenstein in Ostpreußen schuldig geworden. Seine Spur ist bisher nicht gefunden. Auf seine Ergreifung ist eine Belohnung in Höhe von 300 M. angesetzt. Als Kennzeichen werden eine abgeschundene Nase und ein grüner, wohl von einem Falle herrührender Fleck im Gesicht angegeben.

Nahrungsforgen haben den 35 Jahre alten Wächter Georg Koch aus der Soldatenstr. 96 in den Tod getrieben. Koch war seit 1 1/2 Jahren bei dem Wächtermeister Welch in der Dragonerstr. 45 in Stellung und hatte als guter Arbeiter einen leidlichen Verdienst. Da aber seine Frau lungenleidend ist, so kam er trotzdem in seinen wirtschaftlichen Verhältnissen zurück. Bei seinem Meister hatte er schon soviel Vorschuss, daß er am letzten Sonnabend keinen Lohn bekam. Als er nun am Sonnabend Nachmittag ohne Geld nach Hause kam, hatte er einen Antritt mit seiner kranken Frau. Er kehrte nun abends nach der Werkstatt in der Dragonerstraße zurück, und als der Meister am Sonntag Morgen in die Waschküche kam, fand er dort den Gesellen als Leiche wieder. Koch war nach Mitternacht in den Arbeitsraum eingestiegen und durch diesen in die nebenan gelegene Waschküche gelangt. Hier hatte er einen Nagel eingeschlagen und sich daran in knieender Stellung erhängt. Er hinterläßt seine kranke Frau mit zwei Kindern im Alter von 12 und 2 Jahren in großer Noth.

In der Nacht zum Sonntag kam es in der Weberstraße zwischen dem Arbeiter Richter und zwei Brüdern Kofemann infolge vorangegangener Streitigkeiten beim Kartenspiel zu einer Schlägerei, bei der Richter durch Messerstiche erheblich am Arme und seine Gegner ebenfalls durch Stiche, jedoch anscheinend nur leicht am Kopf verletzt wurden.

Schwer verbrüht worden ist am Sonnabend Abend gegen 7 Uhr der 21 Jahre alte Hausdiener Otto Schwarz, der bei Klinger in der Scharrenstr. 23 beschäftigt war. Während Schwarz in Maschinenhaufe zu thun war, öffnete der Maschinenmeister einen Dahn und ließ heißen Dampf ausströmen, der den Hausdiener traf. Schwarz wurde an beiden Beinen arg verletzt und mußte in ein Krankenhaus gebracht werden.

Beschlagnahme Gegenstände. Das Polizeipräsidium macht bekannt:

Bei einer wegen gewohnheitsmäßiger Hehlererei in Haft genommenen Person wurde eine Anzahl sehr werthvoller Leinwand - Smyrnaer Teppiche - gefunden, die zweifellos aus Diebstählen her-rühren, welche im Anfang dieses Jahres bis etwa April begangen sind. Recognoszenten können sich im Polizeipräsidial-Gebäude in den Vormittagsstunden 9-1 Uhr Zimmer 382 zweiter Stock melden. - Eine goldene Damen-Remontoir-Uhr ist von der Kriminal-Polizei in einer Ermittlungssache wegen Unterschlagung, J. Nr. 4581 IV./10. 97 beschlagnahmt und kann im Zimmer 249, 5 Tr., vormittags zwischen 9 und 12 Uhr behufs Recognoszenz in Augenschein genommen werden. Auf dem hinteren Golddeckel der Uhr, deren vorderer Golddeckel fehlt und welche die Gehäusenummer 124589 hat und an unechten Chateaux besetzt ist, ist eine Handschrift mit drei Engeln eingraviert. Gefunden ist die Uhr angeblich Ende Mai oder Anfang Juni v. J. in der Oranienstraße in der Gegend des Moritzplatzes. - Bei einer wegen Taschendiebstahl festgenommenen Person sind vorgeschrieben ein ziemlich abgetragenes braunledernes Klapp Portemonnaie mit 1,80 M., einer Haarlocke und 8 Freibillets zum Schwarzischen Sommer-Theater in

Richtenberg, sowie ein bereits stark abgenutztes schwarzes Klapp-Portemonnaie mit 11,50 M. Das erstere ist angeblich auf der Fest-wiese in Stralau am 24. d. M., das zweite Portemonnaie am 21. d. M. einer Dame vor dem Wertheim'schen Geschäft, Rosenthaler-straße 27/29 gestohlen. Eigenthümer wollen sich melden im Polizei-Dienstgebäude, Alexanderstr. 3-6, Zimmer 97, vormittags.

Auf seltsame Weise ist der Schlosser Paul Lang aus der Jerusalemstraße 62 schwer verunglückt. Lang war in der Nacht zum Montag um halb 12 Uhr Jense, wie ein Schuhmann des zweiten Polizeireviers einen anscheinend angeheulerten Droschken-lutscher mit seinem Gefährt vor dem Hause Friedrichstraße 80 fort-wies, weil dort kein Halteplatz ist. Um dies Straßenbild herum hatten sich Zuschauer angeammelt, zu denen auch Lang gehörte. Als der Droschkenlutscher nun Anhalten traf, der polizeilichen Weisung nachzukommen, wurde der Gaul plötzlich bödig, schlug und bis um sich und traf dabei Lang mit einem Huf an den Kopf. Dem Neugierigen wurde das Nasenbein zertrümmert und eine Wunde am Schädel beigebracht. Der Schuhmann mußte sich seiner annehmen und ihn nach einem Krankenhause bringen.

Theater. Im Deutschen Theater nahmen die Abonnements-Vorstellungen für das neue Spieljahr am Donnerstag, den 2. September mit der Aufführung des „Faust“ ihren Anfang. - Die Aufführungen von „Unsere Reichspost“ im Oden-Theater sind in das Stadium der vorletzten Woche getreten, da konstantliche Verpflichtungen Direktor Carl Weis zwingen, gleich nach der 100. Aufführung eine Novität zu bringen. - Das Schiller-Theater bringt als nächste Neu-Aufführung „Angen-der's Baurenkomödie“ mit Fr. Barth und den Herren Patzig und Reuter in den Hauptrollen. Heute findet noch eine Wiederholung von Gelparzer's Lustspiel „Woh dem, der lügt“ statt.

Orgelkonzert. Der Orgelvortrag in der Marienkirche am Mittwoch, den 1. September, mittags 12 Uhr, bei welchem Fräulein Marie Wiemann, Fräulein Frieda Dümmler und Herr Robert Schwiesemann mitwirkten, ver-spricht Kompositionen von Bach, Händel, Mendelssohn, Fischer, Reuter, Albert Beder und Otto Dietel, von letzterem eine Arie mit Variationen in G-dur, den 56. Psalm und das Vaterunser. Der Eintritt ist frei.

Aus den Nachbarorten.

Aus Spandau wird gemeldet: Am heutigen Tage findet hier eine Ersatzwahl zur Stadtverordneten-Versammlung in der dritten Abtheilung statt. Als Kandidat der sozial-demokratischen Arbeiterpartei ist Labalarbeiter Wilhelm Pieper auf-gestellt. Die Ergänzungswahlen für die Stadtverordneten-Versammlung stehen für den November d. J. bevor. Die heutige Ersatzwahl wird von den bürgerlichen Parteien als eine Kraftprobe für die bevorstehenden Ergänzungswahlen betrachtet. - Die Polizei-verwaltung hat für eine verlängerte Beschäftigungszeit für alle Zweige des Handlungswesens am Sonntag, den 19. September d. J., die Stunden von 1/2 bis 7 Uhr nachmittags besonders freigegeben.

- Ueber Zunahme der Bettel- und Vagabondage wird in der hiesigen bürgerlichen Tagespresse jetzt vielfach Klage geführt, und sollen, wie hinzugefügt wird, es nicht immer die arbeitsunfähigen Leute sein, die auf diesen Pfaden betroffen werden. Die bürgerlichen Blätter scheinen nicht zu ahnen, welche scharfe Verurteilung sie der heutigen „Ordnung“ in diesen wenigen Worten zu theil werden lassen, einer Ordnung, vermöge welcher arbeitsfähige und arbeitswillige Männer betteln und „vagabondiren“ müssen. - Gegen die Polizei-verordnung, welche das Austragen der Backwaren (Frühbrot) durch Schulkinder verbietet, beabsichtigt die hiesige Bäcker-Jungung bei den städtischen Behörden vorstellig zu werden, um wenigstens eine Milderung der Verordnung zu erreichen dergestalt, daß die Beschäftigung von Schulkindern zu dem gebachten Zwecke von 5 Uhr morgens ab gestattet werde. Das gänzliche Verbot der Kinderarbeit veranlaßt die Bäckermeister zu eifrigsten Heulmeisereien. Sie fühlen sich dadurch bedeutend geschädigt, indem sie behaupten, daß erwachsene Personen einen Lohn beanspruchen, den die Meister in den meisten Fällen nicht zu zahlen vermöchten. Auch bestreiten die Bäckermeister, daß die Schulkinder durch das Frühbrotausstragen städtischen Gefahren ausgesetzt werden und daß der Schulunterricht dadurch benachteiligt würde. Dem letzteren - allerdings bestrittenen - Uebelhande verneinen sie dadurch mit Leichtigkeit abhelfen zu können, daß sie vorschlagen, nur solchen Schulkindern die Erlaubniß zum Frühbrot-ausstragen zu ertheilen, welche in der Schule zu keinerlei Klagen Veranlassung geben, d. h. also den fleißigsten, befähigsten und sich am besten führenden Schülern bezw. Schülerinnen. Am meisten heissen sie sich natürlich auf die traurige Thatsache, daß viele arme Familien auf den Ritterweg sogar der Schulkinder angewiesen sind und jetzt die Einbuße des geringen Verdienstes infolge des Polizei-verbots „schmerzlich“ empfinden. Welchen Erfolg die Jungung mit ihrer Vorkellung bei den städtischen Behörden haben wird, bleibt abzuwarten.

Die Namenlosigkeit zahlreicher Straßen und Plätze in Charlottenburg ist zu Ende, nachdem jetzt die Genehmigung des Kaisers vom 30. Juli für die 18 zuerst vorgeschlagenen Namen ein-getroffen ist. Für den Berliner ist besonders wichtig die neue Bleibtreustraße, welche senkrecht auf der Längsachse des Bahnhof-Platzes steht. Unweit des Bahnhof-Platzes befindet sich die Gutenbergsstraße. Die vielbesprochene Seseheimstraße, die wegen

des unstilligen Verhältnisses nicht Friederikenstraße getauft werden durfte, verbindet die Goethe-Schiller- und Bismarckstraße nahe dem neuen Karl August-Platz, auf dem jetzt - wie eingangs auch anders? - eine Kirche gebaut wird. In der Nähe der physio-ralisch-technischen Reichsanstalt befindet sich die Curie-straße, welcher der Name des Charlottenburger Geistlichen Drossel angedacht war. Die Wundscheld-, Leonhardt-, Rönne-, Fried-berg-, Holzendorff- und Suarezstraße liegen, wie billig, in der Nähe des neuen Amtsgerichtsplatzes, nur daß im Amtsgericht kein Alt-grober Ueberflus von dem Geist zu finden sein wird, der diesen Männern eigen war. Die Rollwirth-, Soor- und Königin Elisabeth-straße befinden sich bei Wessend, wo die neue Kaserne des Königin Elisabeth-Garde-Grenadier-Regiments Nr. 3 errichtet worden ist. In der Gegend des Wilhelmplatzes unweit der Flora liegt die Havelstraße; neu benannt sind außerdem der Braniger und der Gustav-Adolf-Platz. In diesen jetzt glücklicherweise benannten Straßen und Plätze sind freilich inzwischen wieder über einviertelthundert neue namenlose Straßen hinzugekommen.

Der Kaufmann Bätow aus Rixdorf, der seinen Verkäuferinnen angeblich beleidigende Zumuthungen gemacht haben soll und dieser-wegen verhaftet wurde, ist nach erfolgter Zeugenvernehmung sofort wieder aus der Haft entlassen worden.

In der Nähe der Rüdersdorfer Kalkberge fand gestern ein Sommergast die Leichen einer weiblichen und einer männlichen Person, welche beide im Alter von 35-40 Jahren sein mochten. Man nimmt an, daß beide sich durch Gift getödtet haben. Der Mann war bekleidet mit braunfarbigen Jagetanzuge, braunen Strümpfen, schwarzen Lederschuhen und steifem Hülsatz; die Frauens- person mit rother wollener Blouse, schwarzem Rock, schwarzen Strümpfen und braunen Lederschuhen, im Grabe lag ein brauner Strohhut und ein schwarzer Regenschirm stand am Baume. Die Leichen mußten aller Wahrscheinlichkeit 5-6 Tage schon dort ver-borgen gelegen haben.

Große Mißstimmung herrscht zur Zeit unter den Bau-wuchsern und Grundstückspekulanten. Die Regierung hat die Bau-Ordnung für die Vororte Berlins veröffentlicht, und diese Verfügung setzt der Profitwuth einige Schranken. Schrecklich, daß in Friedenau keine Schwimmbauten nach Berliner Muster errichtet werden können!

Versammlungen.

Die Freie Vereinigung selbständiger Barbiers, Friseur etc. hielt am 23. d. M. im Engl. Garten, Alexanderstr. 27c, ihre Monats-Versammlung ab. Zu Punkt 1 gab Kappeler Bericht über die Kranken-kassenanträge, Saalman berichtete über die übrigen Anträge und Weißhut gab ein Gesamtbild des Kongresses. Punkt 2 wurde, da die Gesamtabrechnung noch nicht erfolgt war, von der Tagesordnung abgesehen. Punkt 3 fand seine Erledigung dadurch, daß der aus den Kollegen Kappeler, Deutschmann und Schroll bestehende Kommission aufgegeben wurde, mit den Vertretern der Gehilfenschaft zusammen die erforderlichen Schritte zur Errichtung eines Arbeitsnachweises zu thun. Bei Punkt 4 gab der Vertreter der Gehilfenschaft, Starosson, bekannt, daß die hiesigen Gehilfen ein eigenes neues Blatt gründen wollen und bat um materielle Unterstützung der Freien Vereinigung, dieselbe wurde zugestimmt. Aufgenommen wurden zwei neue Mitglieder.

„Rosmarin“. Verein für volkswirtschaftliche Wissenschaft. Dienstag, den 31. Aug., abends 9 Uhr, bei G. Henck, Brunnenstr. 173. Vortrag des Herrn Geritz über: „Wirtschaftliches aus dem Mittelalter“. Diskussion und Beschluß. Gäste willkommen.

Neue freie Volkshäuser. Dienstag, den 31. August, abends 8 Uhr, im Julestr. 37, im Deutschen Konserthaus; Vorkonferenz der Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Wichtige Vereinsmittheilungen. 2. Statutenrevision. 3. Verschiedenes.

Vermishtes.

Dr. Ruedt soll, wie der „Post. Ztg.“ aus München berichtet wird, in eine Nerven-Heilanstalt untergebracht worden sein. -

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde findet vom Montag, den 30. August ab am Montag, Dienstag und Sonnabend von 6 bis 7 1/2 Uhr statt.

R. K. Gerne. Die Stenographie durch Bücher (Selbststudium) zu er-lernen, empfiehlt sich nicht. Die Erlernung durch einen Lehrer (in Steno-graphenvereinen) ist allerdings ganz billig. Damit sind auch die anderen Fragen erledigt.

H. K. Wundradstraße. Die Erweiterung erfolgt besser durch ein Partei-statt Thüringens.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 31. August 1897. Etwas wärmer, bei mäßigen südlichen Winden und veränder-licher Bewölkung; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Donnerstag, den 2. Septbr., abends 8 1/2 Uhr,
im Lokale des Genossen Wörschel, Züdenstr. 35:
Große Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Pützsch über: „Klassen oder Klassen-kampf.“ 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
Neue Mitglieder werden aufgenommen. Der Vorstand.

Sonntag, den 5. September,
in den „Armin-Hallen“, Kommandantenstraße 20:
Großes Gartenfest und Sommernachts-Ball.
Vokal- und Instrumental-Konzert
unter Mitwirkung des
Gesangvereins „Solidarität“, Dirigent Herr Lange.
Kaffeebrüche von 3-6 Uhr geöffnet.
Anfang 4 Uhr. Entree 20 Pf. Garderobe 10 Pf.
Billets sind in allen mit Plakaten belegten Handlungen und bei den Vorstandsmitgliedern zu haben.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.
Billets zu der am Sonntag, den 5. September, mittags 1 Uhr, im Theater der „Arminia“, Taubenstraße, stattfindenden Vorstellung „Das Wunderland“ sind noch im Bureau der Buchdrucker, Ritterstraße 88, zum Preise von 50 Pf. zu haben.
55/12 Der Vorstand.

6 Pfund Brot für 50 Pfg.
Albrecht's Bäckerei,
Drangelstr. 8. Vorgehrt. 26.
Goldenselstr. 28. Sanftenerstr. 2. 2215

3. Wahlkreis.
Volks-Versammlung
Dienstag, den 31. August, abends 8 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn Brodnow, Sebastianstr. 39:
Tages-Ordnung:
Vortrag des Genossen Alfons Borchardt über: Die Bedeutung Ferdinand Lassalle's für die Arbeiterbewegung. 213/15
Keine Theilnahme erwartet. Die Vertrauensperson.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Dienstag, den 31. August, abends 8 1/2 Uhr,
im Saale der Kronen-Brauerei, Alt-Moabit Nr. 48-49:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Ferdinand Lassalle und seine Zeit.“ Referent: Genosse J. Auer. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
Gäste haben Zutritt. 246/14*
Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Zentralverein der Bildhauer.
Verwaltungsstelle Berlin.
Dienstag, den 31. August, abends 8 1/2 Uhr, Köpcke'sche Straße 62:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Geschäftliches. 2. Bericht des Kassiers vom Sommerfest. 3. Holz-schneider-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.
22/16 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband (Berlin).
Branchen-Versammlung der Drechsler, Kammacher u. Bürstenmacher
am Mittwoch, den 1. September, abends 8 Uhr,
im Lokale des Herrn Zimmermann, Gräner Weg 29.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Denzer. 2. Branchen- und Werkstat-angelegenheiten. 3. Ergänzungswahl der Werkstatt-Kontrollkommission.
Es ist Pflicht der Kollegen, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. (202/14)

Achtung! Schuhmacher. Achtung!
Dienstag, den 31. August, abends 8 1/2 Uhr:
Gr. öffentliche Versammlung
im Lokale „Königsbäum“, Große Frankfurterstr. 117.
Tages-Ordnung:
1. Fortsetzung der Diskussion über den Streit bei der Firma Wegel u. Co. 2. Wahl eines Kassiers zur Agitations-Kommission. 3. Verschiedenes.
158/10 Die Agitations-Kommission.

Charlottenburg.
Achtung! Maurer. Achtung!
Mittwoch, den 1. September, abends 8 1/2 Uhr:
Große öffentliche Versammlung
im Lokale „Bismarckshöhe“, Wilmersdorferstraße 39.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Das Sozialhandwerk der Arbeiter.“ 2. Unsere jetzige Lage der Lohnbewegung. 3. Gewerkschaftliches.
Um zahlreichen Besuch sämmtlicher Kollegen bitten
206/2 Der Vertrauensmann.

M. Krüger's Speise-Teinöl
ist das anerkannt beste. Zu haben in allen Kolonialwaaren- und Vorkost-Geschäften. Unged.-Vogel: Berlin, **Stalinerstraße 105.**

Möbel
in jedem Stil und jeder Holzart
angenehm billig, auch auf Theilzahlung.
Herr Vanger gebraucht und verliert
gewesener Möbel, [229/7]

Schüngerstr. 2.
Materialgeschäft, 25 Jahre bestehend,
frontheitshalber sofort zu verkaufen.
3170 Rewald, Streiberstr. 13.

Zu vermieten
per sofort oder später Brunnens-
straße 165 große helle Räume,
passend zu Konfektion und anderen
leichten Gewerbetrieben. 307b

80. Eisenstraße 84.
Gesunde u. Wohnungen m. Balkon
per 1. Oktober. Elektrische und Stadt-
bahnerbindung. 307b

Schlafstelle f. jung. Mann Rain-
straße 7b. Stahr. 321b

Möbl. Schlafstelle, sep. Gg., Solme-
straße 21, G. I. L. b. Grödelmühl.
Möbl. Schlafst. f. G. Elisabeth-Str. 30,
G. III r. b. Henge zum 1. A. 304b

Möbl. Schlafst. f. 2 Herren b. Tornow,
Kommandantenstr. 61, G. II. 300b

Ein möbl. Zimmer (sep. Gg.) Theil-
nehm. Büchsenstr. 16, Hof II r. 306b

Möbl. Schlafst. f. sep. b. Spielberg,
Waldemarstr. 62, b. IV r. 306b

Wirt. Wädhler findet Schlafstelle bei
Bulling, Reichstr. 19, b. IV. 1320b

Grundl. möbl. separate Schlafst.,
2 Herren, verm. Bentendorf, Karls-
grabenstraße 9, Outreg. 3 Tr. 315b

